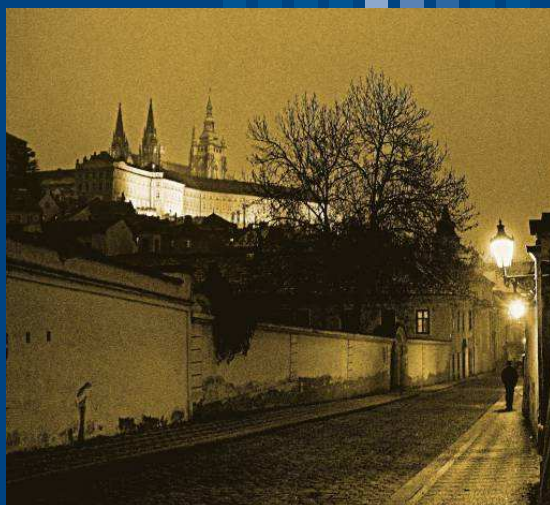




KAS WAHLHANDBUCH

Wahlhandbuch Tschechien 2010

Tschechien vor den Wahlen
zum Abgeordnetenhaus am
28./29. Mai 2010

Dr. Hubert Gehring
Tomislav Delinić
Kevin Urbanski



Konrad
Adenauer
Stiftung

Konrad Adenauer Stiftung Prag
Dr. Hubert Gehring
Tomislav Delinić
Kevin Urbanski

Wahlhandbuch Tschechien 2010
Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus

Redaktionsschluss: 16.04.2010

© KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO TSCHECHISCHE REPUBLIK, 2010

URUGUAYSKÁ 17
120 00 Prag 2
WWW.KAS.DE/PRAG
KASPRAG@KASPRAG.CZ

VORWORT

„Noch nie waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien so gut wie heute“ – dies ist eine Aussage, die gegenwärtig im Verhältnis beider Staaten zueinander sehr häufig zu hören ist. Und in der Tat zeigen die Erfolgsgeschichten z.B. in der Wirtschaft, dass nicht erst seit heute an der gemeinsamen Zukunft beider Staaten gearbeitet wird.

Wer aber ist Tschechien? Was ist uns in Deutschland zu diesem Nachbarland bekannt? In politischer Hinsicht fällt manchem sicherlich schnell der hiesige Staatspräsident Vacláv Klaus ein, der des Öfteren gewohnt einprägsam und eigenwillig die aktuellen Entwicklungen in seinem Heimatland und in der Welt kommentiert.

Zuletzt, im Jahre 2009, sprach ganz Europa von „den Tschechen“, die die Europäische Union während der eigenen EU-Ratspräsidentschaft in eine Krise stürzten. Auslöser war der Sturz der Regierung des damaligen Premiers und Ratspräsidenten Mirek Topolánek, Folge von Tschechien-internen, politischen Machtkämpfen, von denen externe Beobachter meist kaum etwas wussten. Der Stempel, „die euroskeptischen Tschechen“ war schnell zur Hand.

Ist das tatsächlich so? Sind die Tschechen „alle“ euroskeptisch und „eigenwillig“? Steht Vacláv Klaus wirklich exemplarisch für die tschechische Bevölkerung? Viel ist in Deutschland über das Nachbarland offensichtlich nicht bekannt. Symptomatisch hierfür mag die Anekdote stehen, dass ein seriöses deutsches Nachrichtenportal im Internet nach wie vor die Kommunisten und Christdemokraten gemeinsam als regierende Koalition in der Tschechischen Republik benennt. Dem ist natürlich nicht so, doch gemerkt hat es kaum jemand.

Dagegen ist Tschechien ein wichtiger Handelspartner der Bundesrepublik, nicht nur innerhalb der Europäischen Union. Laut Angaben der DTIHK hatte Deutschland mit diesem östlichen Nachbarn im Jahre 2008 ein Handelsvolumen von 56 Mrd. Euro, also genauso viel, wie mit Japan oder ganz Lateinamerika – inklusive Mexiko und Brasilien! Das allein sollte schon ein Grund sein, sich mit der Moldaurepublik etwas näher zu befassen.

Tschechien – so nah, und doch so fern? Vielleicht nicht mehr nach einem Blick in das vorliegende Wahlhandbuch. Zum Anlass der anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 28./29.Mai 2010 haben wir die wichtigsten Fakten rund um die Politik in Tschechien, ihre Akteure, die Parteien und deren Wahlprogramme zusammengetragen, um einen einfachen und schnellen Überblick über die aktuelle Situation zu bieten – in konzentrierter und anschaulicher Form.

Warum kommt es z.B. immer zu so engen Mehrheiten in Tschechien? Wer sind die Spitzenkandidaten der wichtigsten Parteien? Mit welcher Regierungskoalition könnte zu rechnen sein? Diese und viele weitere Fragen versuchen wir auf den folgenden Seiten zu beantworten.

Für die Unterstützung bei der Erstellung des Wahlhandbuchs danke ich insbesondere Vojtech Drapal, Mathias Paul, Lenka Vrabcová, Kristýna Holíková, Annik Trauzettel und Christina Helm. Für die inhaltliche Beratung danke ich Dr. Vladimír Handl, Jan Schubert, Ondřej Matějka und Bára Procházková.

Aktuelle Informationen zu den letzten Entwicklungen im Land finden Sie unter www.kas.de/prag

Dr. Hubert Gehring

Leiter der Außenstelle Prag
Konrad-Adenauer-Stiftung

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	2
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	3
1. TSchechien VOR DEN WAHLEN – EIN ENDE DER TURBULENZEN IN SICHT?	4
2. GRUNDLAGEN DES POLITISCHEN SYSTEMS: VERFASSUNG, PARTEIEN UND BESONDERHEITEN – EINE EINORDNUNG	8
3. DAS WAHLSYSTEM	12
4. PARTEIEN, KANDIDATEN UND PROGRAMME	15
4.1 ODS – Demokratische Bürgerpartei	15
4.1.1 Petr Nečas	16
4.1.2 Das Wahlprogramm	17
4.2 ČSSD – Die Sozialdemokraten	20
4.2.1 Jiří Paroubek	21
4.2.2 Das Wahlprogramm	22
4.3 KSČM – Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens	24
4.3.1 Vojtěch Filip	25
4.3.2 Das Wahlprogramm	27
4.4 KDU-ČSL – Die Christdemokraten	28
4.4.1 Cyril Svoboda	30
4.4.2 Das Wahlprogramm	30
4.5 SZ – Die Grünen	33
4.5.1 Ondřej Liška	34
4.5.2 Das Wahlprogramm	35
4.6 TOP 09 - Tradition, Verantwortung, Prosperität	36
4.6.1 Karel Schwarzenberg	37
4.6.2 Das Wahlprogramm	38
4.7 Věci veřejné – Öffentliche Angelegenheiten	39
4.7.1 Radek John	39
4.7.2 Das Wahlprogramm	40
4.8 Wahlkoalitionen, politische Bewegungen und kleine politische Parteien	40
5. ENTWICKLUNGEN DER WAHLPRÄFERENZEN	43
6. DER WAHLKAMPF 2010	45
ANHANG A Regierungen der Tschechischen Republik seit 1993	48
ANHANG B Das Abgeordnetenhaus - Wahlergebnisse der größten Parteien in der Tschechischen Republik seit 1996	49
ANHANG C Die Wahlprogramme der Parteien im Vergleich	50
ANHANG D Ausgewählte Impressionen aus dem Wahlkampf	55

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ČSSD	Tschechische sozialdemokratische Partei (<i>Česká strana sociálně demokratická</i>)
DS	Arbeiterpartei (<i>Dělnická strana</i>)
EU	Europäische Union
Kč	Tschechische Krone (1 Kč = 0,040 Euro [15.04.2010])
KDS	Christdemokratische Partei (<i>Křesťansko-demokratická strana</i>)
KDU-ČSL	Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (<i>Křesťanská a demokratická unie - Československá strana lidová</i>)
KSČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (<i>Komunistická strana Československa</i>)
KSČM	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (<i>Komunistická strana Čech a Moravy</i>)
ODA	Demokratische Bürgerallianz (<i>Občanská demokratická aliance</i>)
ODS	Demokratische Bürgerpartei (<i>Občanská demokratická strana</i>)
SPO-Z	Partei der Bürgerrechte – Anhänger von Zeman (<i>Strana práv občanů – Zemanovci</i>)
SPR-RSČ	Vereinigung für die Republik – Republikanische Partei der Tschechoslowakei (<i>Sdružení pro republiku – Republikánská strana Československa</i>)
SSO	Partei der Freien Bürger (<i>Strana svobodných občanů</i>)
StB	Staatssicherheit, Geheimdienst der ehemaligen Tschechoslowakei (<i>Státní bezpečnost</i>)
SZ	Partei der Grünen (<i>Strana zelených</i>)
TOP 09	Tradition, Verantwortung, Prosperität 09 (<i>tradice, odpovědnost, prosperita</i>)
VV	Öffentliche Angelegenheiten (Věci veřejné)
US-DEU	Freiheitsunion - Demokratische Union (<i>Unie svobody - Demokratická unie</i>)

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Sitzverteilung und Wahlergebnis 2006	9
Abbildung 2: Übersicht über Wahlkreise, Einwohnerzahlen, Wahlbeteiligung sowie theoretische proportionale Mandatsverteilung und die tatsächlichen Mandate	14
Abbildung 3: Übersicht über die Wahlergebnisse und Umfragewerte der kleineren Parteien und politischen Bewegungen	42
Infobox 1: Die Parteienfinanzierung in Tschechien	10
Infobox 2: Das D'Hondtsche Höchstzahlverfahren	13
Infobox 3: Der Ablauf der Wahlen / Informationsquellen	43
Infobox 4: Die Wahlkampffinanzierung	47

Für die Umrechnung von Tschechischer Krone (kč) in Euro wurde der Wechselkurs vom 15.4.2010 herangezogen, d.h. 1 Kč = 0,040 Euro.

1. TSCHECHIEN VOR DEN WAHLEN – EIN ENDE DER TURBULENZEN IN SICHT?

Wenn am 28. und 29. Mai 2010 die Wahlen zum tschechischen Abgeordnetenhaus stattfinden werden, ist es genau 430 Tage her, dass der ODS-geführten Regierung um Ministerpräsident Mirek Topolánek im März 2009 von der Mehrheit der Abgeordneten das Misstrauen ausgesprochen wurde. Der Sturz der Regierung kam zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Tschechien hatte Anfang 2009 zum ersten Mal die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union übernommen und die Folgen der weltweiten Finanzkrise warfen bereits ihre Schatten voraus. Innenpolitisch war die Tagesordnung bestimmt von Korruptionsvorwürfen, Parteineugründungen und der Diskussion über die Ratifikation des Vertrags von Lissabon. In dieser Situation wäre eigentlich eine starke Regierung gefordert gewesen. Der Sturz der Regierung war aber nicht zuletzt Folge des Ergebnisses der Parlamentswahlen 2006. Nachdem die Wahlen mit einem Patt von 100 zu 100 Mandaten für die Regierungskoalition und die Opposition endeten, musste sich Topolánek bei jedem seiner Vorhaben auf stetig wechselnde Überläufer aus den Reihen der Opposition verlassen. Der Zwang, sich für jede Abstimmung im Vorfeld die Mehrheit zu sichern, befeuerte in der Öffentlichkeit die Gerüchte über die Beeinflussbarkeit einiger Abgeordneter, was dem Image der Politik in Tschechien schadete. Die Unfähigkeit der Fraktionen, sich zumindest während der sechsmonatigen EU Ratspräsidentschaft auf einen Burgfrieden zu einigen, hat das Ansehen Tschechiens auch international beschädigt.

„Ich werde keine Regierung der Visionen, sondern eine Regierung der harten Arbeit führen“

Am 8. Mai 2009 übernahm dann Jan Fischer, Leiter des staatlichen Amtes für Statistik, den Posten des Premiers von seinem Vorgänger, der es bis dahin kommissarisch weitergeführt hatte. Die Abgeordneten der gestürzten Regierungsfractionen einigten sich mit der Opposition auf eine parteiunabhängige Expertenregierung, welche die Regierungsgeschäfte bis zu vorgezogenen Neuwahlen im Oktober desselben Jahres übernehmen sollte. Die personelle Zusammensetzung des neuen Kabinetts führte jedoch schon bald zu erbitterten Verhandlungen zwischen den beiden großen Parteien ODS und ČSSD. Der schließlich zum Ministerpräsident berufene Fischer betrachtete sich damals als „Verwalter“ und Übergangspremier, doch aus seiner angenommenen Amtszeit von fünf Monaten werden nach den kommenden Wahlen im Mai dieses Jahres mehr als zwölf Monate geworden sein. Seitdem erleben viele Tschechen einen bisher nicht gekannten Politikstil, der sich durch technokratische Effizienz und Pragmatismus auszeichnet und nicht von Skandalen, politischen Grabenkämpfen und Korruptionsvorwürfen geprägt ist. Bei allen Vorteilen die eine mit Beamten besetzte Regierung mit sich bringt, darf jedoch nicht vergessen werden, dass eine aktive Politikgestaltung für eine Expertenregierung nur eingeschränkt möglich ist, weil sie sich nicht auf eine stabile eigene Parlamentsmehrheit stützen kann. Nach dem Sturz der Regierung Topolánek wurden Reformen ausgesetzt, Gesetzesnovellen unterbrochen und auch die gestalterischen Möglichkeiten der Tschechischen Republik auf internationaler bzw. europäischer Ebene stark beschnitten. Fischer selbst betonte zu Beginn seiner Amtszeit, dass sein Kabinett „keine Regierung der Visionen, sondern eine Regierung der harten Arbeit“ sein werde und damit sollte er Recht behalten.

Es war interessant zu beobachten, wie sich aufgrund der Einsetzung einer provisorischen Regierung das Institutionsgefüge zwischen den einzelnen Gewalten des Staates zu verschieben begann. Staatspräsident Václav Klaus überdehnte nach Ansicht von Beobachtern seine verfassungsmäßigen Kompetenzen, als er sich über die Entscheidung des Parlaments und des Verfassungsgerichts hinwegsetzte und seine eigentlich nur protokollarische Unterschrift unter den Lissabonner Vertrag lange verweigerte. Das fehlende Gegengewicht einer stabilen Regierung konnte die Waage zwischen den Staatsgewalten nicht wieder ins Gleichgewicht zurück bringen und dem von der Verfassung vorgesehenen Gewaltenteilungsprinzip nicht in angemessener Weise Geltung verschaffen. Klaus nutzte das Machtvakuum aber nicht nur, um erneut die Schlagzeilen im In- und Ausland zu bestimmen, sondern auch, um seinen parteiinternen Rivalen Topolánek weiter zu schwächen.

Die unterschiedliche Interpretation der Verfassung sorgte für ein politisches Durcheinander im Land

Als das Verfassungsgericht in Brunn dann während der heißen Wahlkampfphase Anfang September 2009 die für Oktober angesetzten Neuwahlen aufgrund einer Verfassungsbeschwerde des Abgeordneten Miloš Melčák (ČSSD) aussetzte, schien das politische Chaos perfekt. Melčák begründete seine Beschwerde damit, dass sein Recht auf eine vierjährige Amtszeit durch die vorgezogenen Neuwahlen verletzt werde. Topolánek kommentierte die Entscheidung des Gerichts mit Fassungslosigkeit: "Das Parlament hat seine Auflösung und die Neuwahlen selbst beschlossen. Wir sind nach dem Sturz der Regierung im März in eine tiefe politische Krise gerutscht - und jetzt geraten wir auch noch in eine Verfassungskrise." Tatsächlich gab das Verfassungsgericht am 10. September der Klage statt und begründete seine Entscheidung mit dem fehlenden Recht des Parlaments, sich selbst aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Eine entsprechende Änderung der Verfassung hatte der Senat schon vor etwa drei Jahren vorgeschlagen, das Abgeordnetenhaus hatte sich jedoch nicht damit befasst. In den Tagen zwischen der Aussetzung der Wahl durch das Verfassungsgericht und seiner Entscheidung plädierte Jiří Paroubek, Vorsitzender der Sozialdemokraten, dafür, Druck auf die Richter auszuüben: „Wir überprüfen alle Möglichkeiten, um die Wahlen zum geplanten Termin im Oktober durchzusetzen“. Ein Parlamentsabgeordneter schlug sogar vor, die Entscheidung der Brünner Richter einfach zu ignorieren. Trotz der legitimen Klage des Abgeordneten Melčák und dem folgerichtigen Urteil des Verfassungsgerichts legt diese Episode offen, dass es den politischen Strukturen in Tschechien stellenweise an Professionalität fehlt und Politiker bei ihren Entscheidungen die nötige Umsicht vermissen lassen – Dies wird umso mehr durch den Zeitpunkt der Klage mitten im heißen Wahlkampf belegt. Kritische Stimmen zu einem Urteil eines Verfassungsgerichts sind auch in anderen Staaten Europas nicht selten. Dass die Kompetenz dieser Institution allerdings von der Politik dermaßen in Frage gestellt wird, wie es in Tschechien der Fall gewesen ist, stellt eine Ausnahme dar.

Ebenfalls wurde in Folge des Regierungsturzes deutlich, dass das tschechische Parteiensystem noch immer nicht als vollständig konsolidiert betrachtet werden kann. Prominentester Beleg hierfür ist die Neugründung der Partei TOP 09, die im Juni 2009 vom ehemaligen KDU-ČSL-Vorsitzenden Miroslav Kalousek, der vierzehn Monate Finanzminister in Topoláneks Kabinett gewesen war, ins Leben gerufen wurde. Kalousek zog nicht nur viele Mitglieder seiner ehemaligen Partei mit an Bord, sondern schaffte es auch, TOP 09 für ODS-Mitglieder attraktiv zu machen. Der ehemalige Außenminister Karel Schwarzenberg, einer der beliebtesten Politiker Tschechiens und bisher Unterstützer der Grünen, schloss sich in der Folge ebenfalls der neuen Partei an und wurde zu deren Vorsitzenden gewählt.

Für die damals geplanten Wahlen im Herbst 2009 wurde der Partei, die sich als Alternative zu den Christdemokraten und der ODS präsentierte, ein Ergebnis von bis zu 12 Prozentpunkten prognostiziert. Damit wäre die Partei ad hoc drittstärkste parlamentarische Kraft - noch vor den Kommunisten - geworden.

Die Bevölkerung traut einem Beamten mehr als einem Politiker

Und wie denken die Tschechen? Die Meinung der Bevölkerung zur politischen Lage in Tschechien zeichnet ein etwas differenzierteres Bild der aktuellen Situation. Staatspräsident Klaus genießt nach wie vor ein großes Ansehen in der Bevölkerung. In einer Dezember Umfrage gaben 60 Prozent der Befragten an, der Amtsführung des Staatspräsidenten zu vertrauen. Ministerpräsident Fischer vertrauen jedoch fast drei Viertel der Befragten, nämlich 72 Prozent. Diese Umfragewerte sind für Tschechien überaus ungewöhnlich, spiegeln die Stimmung im Land aber akkurat wieder. Vertrauten dem ehemaligen Ministerpräsident Topolánek während seiner gesamten Amtszeit nie mehr als ein Drittel der Befragten, so hat das Beamtenkabinett von Jan Fischer das Ansehen der Regierung deutlich gesteigert. Ein Grund für diesen Vertrauenszuwachs ist die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regierungsstil der Übergangsregierung. Die Minister des Kabinetts sind in gewisser Weise „freier“ in ihren Gestaltungsspielräumen, weil sie keinen Wahlkampf führen und nicht um ihre Wiederwahl fürchten müssen. Deshalb, so die Einschätzung von Experten, seien tatsächliche Probleme für sie handlungsleitender als die Bedienung klientelistisch geprägter Interessen. Auf der anderen Seite hat sich vor allem bei den Verhandlungen über den Haushaltsentwurf 2010 deutlich gezeigt, dass Fischers eigener Gestaltungsspielraum bei schwierigen Entscheidungen dennoch auf ein Minimum reduziert wird. Hier konnte er sich mit seiner Forderung, das Haushaltsdefizit so weit wie möglich zu beschränken, nicht

durchsetzen und sieht sich nun mit einem Haushalt konfrontiert, der ein Defizit von fast 7 Milliarden Euro aufweist.

Haushaltsverhandlungen werden zur Zerreißprobe

Das wichtigste politische Thema zum Jahreswechsel war die Beschränkung der Staatsverschuldung. Bereits am 9. Dezember 2009 hatte das Abgeordnetenhaus nach fast zehnstündiger Debatte in dritter Lesung den Staatshaushalt 2010 verabschiedet. Damals scheiterte Ministerpräsident Fischer mit seinem Haushaltsentwurf, der das Defizit auf 6,3 Milliarden Euro begrenzen sollte und eine Lohnkürzung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst vorsah. Ursprünglich war der Haushaltsentwurf ein lange verhandelter, überparteilicher Kompromiss gewesen, doch schon im Vorfeld der Abstimmung zeichnete sich ab, dass die linken Parteien Änderungen vornehmen würden. Aus Protest hiergegen verließen die meisten Abgeordneten der ODS vor der entscheidenden Abstimmung den Plenarsaal, der Parteivorsitzende der Bürgerdemokraten Mirek Topolánek legte gar sein Mandat nieder. So gelang es der ČSSD zusammen mit den Kommunisten weitere Ausgaben in den Bereichen Soziales, Landwirtschaft und für Gehälter von Staatsbediensteten im Staatshaushalt unterzubringen. Auch die Grünen und fünf Abgeordnete der Christdemokraten stimmten für den Haushaltsentwurf. Tags darauf bezeichnete Topolánek den Staatshaushalt als „entsetzliches Gebilde“ und legte Ministerpräsident Fischer den Rücktritt nahe, weil dieser es nicht geschafft habe, einen überparteilichen Konsens in der Frage des Haushalts herzustellen und bei der Abstimmung einzufordern. Zuvor hatte Finanzminister Eduard Janota mit seinem Rücktritt gedroht, falls die Abgeordneten das Haushaltsgesetz nicht annehmen würden.

Das Defizit steigt auf 5,7 Prozent des BIP

Am 27. Dezember unterzeichnete Staatspräsident Klaus das Haushaltsgesetz live in der wöchentlich ausgestrahlten Fernsehsendung *Partie* des Privatsenders Prima. Er kritisierte zwar das hohe Defizit, musste jedoch einräumen, dass die Regierung gegenwärtig keine Mehrheit im Parlament habe, um eine niedrigere Staatsverschuldung durchzusetzen. Kritik, nach der die Sozialdemokraten die Ausgabenerhöhung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten lediglich aus wahltaktischen Gründen unterstützten, wies der Parteivorsitzende der ČSSD Jiří Paroubek von sich. Seiner Ansicht nach bleibe „der Gesamtumfang der Ausgaben [...] bestehen, wir werden sie nur umschichten“. Durch die zusätzlichen Haushaltsposten werden die Ausgaben für 2010 voraussichtlich etwa 6,8 Milliarden Euro über den Einnahmen liegen. Damit beträgt das Haushaltsdefizit 5,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und liegt 0,5 Prozentpunkte über dem Defizit, das Ministerpräsident Jan Fischer in seinem Haushaltsentwurf vorgesehen hatte. Fischer geht nun davon aus, dass die EU-Kommission in diesem Jahr ein Verfahren gegen Tschechien einleiten wird, weil das Land erneut die in den Konvergenzkriterien festgeschriebene Defizitgrenze von 3 Prozent verletzt.

Mitte Januar hat die Regierung nun beschlossen, die Ausgaben der Ministerien bei 95 Prozent ihres Budgets einzufrieren. Demnach sollen die Ministerien im laufenden Jahr 5 Prozent ihrer Kosten einsparen, um der angespannte Haushaltslage entgegen zu wirken. Keine vier Wochen später machten die Sozialdemokraten den anderen Parteien einen Vorschlag, wie die Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen seien und das Ziel, das Haushaltsdefizit 2013 unter die 3 Prozentmarke zu drücken, erreichbar sei. Vor allem in Hinblick auf die insbesondere von der ČSSD befürwortete Einführung des Euro sei es wichtig, Pläne auszuarbeiten, die den Haushalt stabilisieren, um bis 2018 einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können. Obwohl die Stoßrichtung Paroubeks von allen Parteien begrüßt wurde, sah er sich dennoch scharfer Kritik ausgesetzt, dass ein solcher Vorschlag gerade von den Sozialdemokraten kommen musste, die erst im Dezember mit ihren Vorschlägen dazu beitrugen, das Defizit um fast eine halbe Milliarde Euro zu erhöhen.

Verbotsverfahren gegen die Arbeiterpartei

Am 17. Februar dieses Jahres hat das Oberste Verwaltungsgericht in Brunn die rechtsextreme Arbeiterpartei *Dělnická strana* (DS) verboten und die Auflösung der Partei verfügt. Anders als in Deutschland muss ein Verbandsantrag gegen eine politische Partei nicht beim Verfassungsgericht eingereicht werden. Dieses entscheidet jedoch nach Artikel 87 I (i) der tschechischen Verfassung als letzte Revisionsinstanz über die Rechtmäßigkeit des Verbots. Um gegen das Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts beim Verfassungsgericht Beschwerde einzulegen, hatte die Partei 30 Tage Zeit.

Bereits drei Tage nach dem Urteil hatte der Parteivorsitzende Tomáš Vandas allerdings angekündigt, dass seine Partei unter dem Namen *Arbeiterpartei sozialer Gerechtigkeit* an den Parlamentswahlen teilnehmen werde. Diese Partei ist seit Januar 2004 offiziell beim Innenministerium registriert und hatte in der Vergangenheit mit der DS zusammengearbeitet. Auf diesem Wege wird das Parteienverbot praktisch umgangen. Selbst wenn das Verfassungsgericht das Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts aufheben sollte, wäre die Entscheidung für die DS unerheblich.

Der Verbotsantrag, der von Innenminister Martin Pecina ausgearbeitet wurde, war bereits der zweite Anlauf, die rechtsextreme Arbeiterpartei zu verbieten. Bereits 2009 hatte der damalige ODS-Innenminister Ivan Langer einen solchen Antrag von seinem Ministerium erstellen lassen. Allerdings wurde er vom Obersten Verwaltungsgericht als unbegründet zurückgewiesen, weil die Regierung eine ausführliche Beweisführung vernachlässigt hatte. Im zweiten Anlauf konnte die Regierung das Gericht jedoch davon überzeugen, dass das politische Programm der DS nicht mit der tschechischen Verfassung vereinbar ist und die Demokratie gefährdet. Unter anderem forderte sie Maßnahmen gegen die Roma-Minderheit im Land und eine äußerst restriktive Einwanderungspolitik. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass die Partei eine rassistische Vereinigung ist, die ideologisch dem deutschen Nationalsozialismus nahe steht und Verbindungen zur gewaltbereiten Neonaziszene unterhält.

Seit 1989 ist es in Tschechien das erste Verbotsverfahren gegen eine politische Partei, das Erfolg hatte. Die Resonanz auf das Urteil war sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung vorwiegend positiv. Doch es gab auch kritische Stimmen. Landesweit hat die DS nach eigenen Angaben etwa 1.000 Mitglieder und bei den Wahlen erreichte sie nie mehr als ein Prozent der Stimmen. Einige Experten befanden daher das Verbotsverfahren als übertrieben. Zumindest der Zeitpunkt sei völlig falsch gewählt. Dass die Partei durch den Antrag der Regierung nur wenige Monate vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit erhielt, war ein unerwünschter Nebeneffekt.

Selbst Vertreter der kommunistischen KSČM begrüßten die Entscheidung des Gerichts. Ihr Vorsitzender Vojtěch Filip stellte fest, dass es bei dem Verbot der Partei nicht um das Verbot einer Meinung ginge, sondern vielmehr um das Verbot der Organisation von Veranstaltungen, die eindeutig gegen die Verfassung verstießen und zu Gewalt aufriefen. Besonders im Hinblick auf die Kommunisten wurde in den vergangenen Jahren aber auch immer wieder diskutiert, ob man diese Partei nicht ebenfalls verbieten sollte. Filip stellte jedoch klar, dass seine Partei sich im Rahmen der tschechischen Verfassung bewege und Gewalt in jeder Hinsicht ablehne. Sicherlich spielt die durchaus respektable Präsenz der Kommunisten von mehr als 12 Prozent der Mandate in der Abgeordnetenkammer eine Rolle dabei, dass bislang kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, die Partei gerichtlich verbieten zu lassen. Doch die von ihr behauptete Verfassungstreue wird immer wieder in Zweifel gezogen.

Mirek Topolánek tritt zurück

Der Höhenflug des Mirek Topolánek endete im März jäh. Nachdem er die ODS 2006 in die Regierung führen konnte, ist das einstige „Stehaufmännchen“ der tschechischen Politik nun endgültig auf den Knien. Ein Interview, in dem er sich teils abfällig gegenüber dem amtierenden Übergangspremier Jan Fischer, einem Minister und den Tschechen generell äußerte, gilt vordergründig als Auslöser für den jähren Absturz des 53jährigen Mähren. Nun ist er nicht nur von der Spitzenkandidatur für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Mai zurückgetreten, sondern hat auch den Parteivorsitz am 12. April abgelegt. Im Hintergrund war schon länger über den Zeitpunkt seiner Ablösung spekuliert worden, zu ausgebrannt und lustlos wirkte Topolánek seit seinem Rücktritt aus dem Parlament im September 2009. Kaum ein ODS-Vertreter traute dem ansonsten als Kämpfer bekannten Topolánek einen Erfolg bei den kommenden Parlamentswahlen am 28. und 29. Mai 2010 zu.

Bringen die Wahlen eine stabile Regierung?

Die Entwicklungen des letzten Jahres haben letztendlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass in Tschechien wieder eine Regierung mit einer beständigen parlamentarischen Mehrheit die Amtsgeschäfte übernimmt. Ende Mai sind nun die 8,4 Millionen Wahlberechtigten aufgerufen, ein neues Abgeordnetenhaus zu wählen und wieder für eine, von einer stabilen parlamentarischen Mehrheit getragene Regierung zu sorgen. Ob dies möglich ist, scheint jedoch ungewiss. Aufgrund einer weiterhin starken und unreformierten kommunistischen Partei, der Verpuffung des Neugründungseffekts von TOP 09 sowie der

momentanen Unsicherheit, ob die KDU-ČSL und die Grünen die Fünf-Prozent-Hürde überwinden können, ist davon auszugehen, dass die Regierungsbildung möglicherweise so schwierig wird wie bei den vergangenen Wahlen 2006. Damals dauerten die Koalitionsverhandlungen fast sechs Monate.

Das vorliegende Handbuch „Wahlhandbuch Tschechien 2010 – Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus“ ist eine Orientierungshilfe für den interessierten Leser, um die Wahlen und kommenden Ereignisse systematisch erfassen und einordnen zu können. Nach einer kurzen Einführung in das politische System Tschechiens folgt eine Darstellung des tschechischen Wahlsystems. Ein Schwerpunkt wird hier auf der Frage liegen, welchen Einfluss das Wahlsystem und die Wählerpräferenzen auf die Regierungsbildung haben können. Die zur Wahl antretenden Parteien, ihrer Programme sowie der Kandidaten werden im folgenden Kapitel vorgestellt. In den letzten beiden Kapiteln ist schließlich ein Überblick über die Präferenzentwicklungen der Wähler in den vergangenen sechs Monaten zu finden. Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Homepage unter www.kas.de/prag.

2. GRUNDLAGEN DES POLITISCHEN SYSTEMS: VERFASSUNG, PARTEIEN UND BESONDERHEITEN – EINE EINORDNUNG

Als am 16. Dezember 1992 die neue Verfassung der Tschechischen Republik verabschiedet wurde, war das Land wieder ein demokratischer Rechtsstaat und führte so nach dem Sturz des Kommunismus den Kurs der demokratischen Tradition der parlamentarischen Demokratie der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918 – 1938) fort. Bereits im Juni 1990 fanden die ersten freien Parlamentswahlen in der damaligen Tschechoslowakei statt, doch erst mit der friedlichen Teilung des Landes in zwei Staaten ist die Tschechische Republik seit dem 1. Januar 1993 ein selbstständiger Staat mit heute etwa 10,5 Millionen Einwohnern.

Nach Artikel 2 der Verfassung ist das tschechische Volk Inhaber der Staatsgewalt und übt diese durch die Einsetzung legislativer, exekutiver und judikativer Staatsorgane aus. Als einziges, unmittelbar vom Volk durch Wahlen legitimates Verfassungsorgan sieht die Verfassung ein Parlament mit zwei Kammern vor. Alle anderen Staatsorgane, einschließlich des Staatspräsidenten, leiten ihre demokratische Legitimation indirekt vom Parlament ab. Dem tschechischen Parlament obliegt die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz. Das Gesetzgebungsverfahren ist in der Verfassung als repräsentativ-parlamentarisch festgeschrieben und die Rechtssetzung kommt durch den Beschluss einer parlamentarischen Mehrheit zustande. Die erste Kammer des Parlaments ist das Abgeordnetenhaus (*Poslanecká sněmovna Parlamentu České republiky*), welches aus 200 Abgeordneten besteht, die für eine Legislaturperiode von vier Jahren gewählt werden. Die zweite Kammer ist der Senat (*Senát*), der aus 81 Senatoren besteht, von denen jeweils ein Drittel alle zwei Jahre für ein sechsjähriges Mandat neu gewählt wird. Die Abgeordneten und Senatoren schließen sich jeweils ihrer parteipolitischen Orientierungen folgend zu Fraktionen, den sogenannten „Abgeordnetenklubs“ (*Poslanecký klub*) zusammen. Um eine Fraktion gründen zu können, sind mindestens zehn Abgeordnete bzw. fünf Senatoren erforderlich. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in Parlament und Regierung ist möglich und, wie in parlamentarischen Systemen üblich, die Regel.

Das Parteiensystem in Tschechien ist immer noch nicht konsolidiert

Tschechien hat eine sehr vielfältige Parteienlandschaft und innerhalb dieses Mehrparteiensystems konkurrieren die Repräsentanten der verschiedensten politischen Strömungen um die Stimmen der Wähler. Bislang hat sich das Parteienspektrum jedoch als sehr variabel dargestellt und nur die etablierten Parteien haben eine relativ stabile Wählerbasis vorzuweisen. Trotzdem war in den letzten Jahren zu beobachten, wie bisher starke Parteien fast über Nacht bedeutungslos wurden und starke neue Parteien entstanden. So erzielte beispielsweise die US-DEU bei den Wahlen 2002 in einer Wahlkoalition mit der KDU-ČSL einen Stimmenanteil von etwa 14 Prozent und war sogar an der von den Sozialdemokraten geführten Regierungskoalition beteiligt. Kaum vier Jahre später erreichte sie bei den Wahlen gerade noch 0,3 Prozent der Stimmen und verschwand in der Bedeutungslosigkeit. Das

prominenteste, aktuelle Beispiel einer neuen Partei ist sicher die 2009 gegründete TOP 09, die in den Umfragen bei etwa 10 Prozent liegt.

Zu den etablierten Parteien in Tschechien zählen neben den beiden selbsternannten Volksparteien Sozialdemokraten (ČSSD) und demokratische Bürgerpartei (ODS) noch die Christdemokraten (KDU-ČSL), die Kommunisten (KSČM) sowie die Grünen. Eine Übersicht über die aktuelle Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus und die Ergebnisse der letzten Wahl ist in Abbildung 1 zusammengestellt. Eine kurze Einführung in die Parteienfinanzierung in Tschechien ist in der Infobox 1 auf der nächsten Seite zu finden.

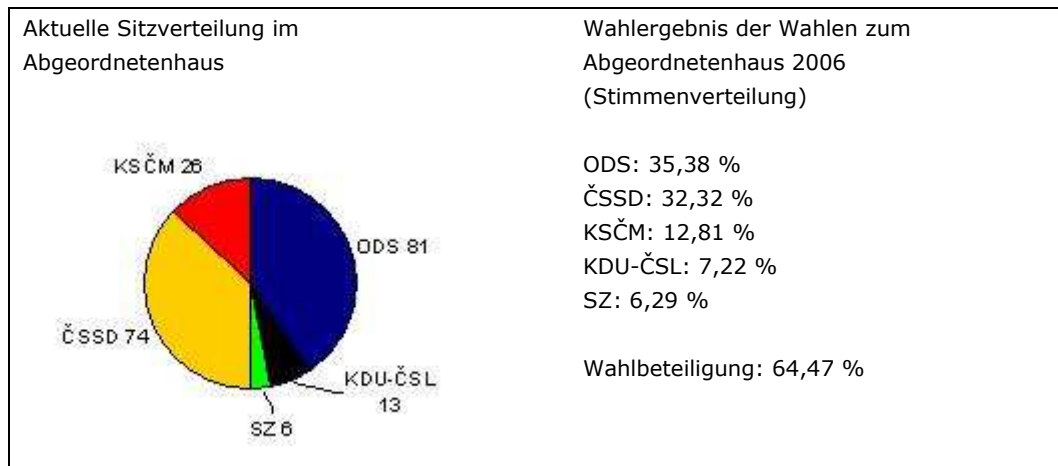


Abb. 1: Sitzverteilung und Wahlergebnis 2006

Interimsregierungen als Zwischenlösung in schwierigen Zeiten

Das Kabinett setzt sich normalerweise aus Mitgliedern der Koalitionsfraktionen zusammen und wird vom Premierminister angeführt, der vom größten Koalitionspartner gestellt wird. Eine Ausnahme von dieser Art der Regierungsbildung stellt die gegenwärtig von Premier Jan Fischer angeführte parteiunabhängige Expertenregierung dar, die seit Mai letzten Jahres die Amtsgeschäfte führt und notwendig wurde, weil nach dem Sturz Topoláneks keine Koalition eine Mehrheit der Mandate auf sich vereinen konnte. Dass eine Regierung durch ein Misstrauensvotum vom Parlament gestürzt wurde, war ein bislang einmaliges Ereignis in Tschechien. Dass eine Expertenregierung eingesetzt werden musste, kam indes in den 1990er Jahren schon einmal vor. Ende 1997 kam Premierminister Václav Klaus einem möglichen Misstrauensantrag im Parlament zuvor, als er in Folge von Diskussionen über undurchsichtige Finanztransaktionen der ODS zurücktrat und die von den Bürgerdemokraten geführte Regierungskoalition vorzeitig beendete. Um die Zeit zu den Neuwahlen im darauffolgenden Sommer zu überbrücken, wurde eine von Josef Tošovský geführte Expertenregierung eingesetzt. Im Unterschied zur heutigen Übergangsregierung war das Kabinett von Tošovský in den knapp sieben Monaten seiner Regierungsführung nur mit den Vorbereitungen der Wahlen und anderen technischen Fragen der Exekutive beschäftigt. Im Gegensatz dazu musste Fischer nach der Absage der Neuwahlen im Oktober 2009 sein Politikmanagement um eine aktive Komponente in der Politikgestaltung erweitern. Eine Übersicht über alle tschechischen Regierungen seit 1993 findet sich in Anhang A.

Im Gesetzgebungsprozess ist die Regierung das wichtigste Initiativorgan. Etwa 60 Prozent der Gesetzesinitiativen gehen von der Regierung aus. Die wichtigste Funktion des Parlaments besteht in der Verabschiedung von einfachen Gesetzen und der Möglichkeit, die Verfassung zu ändern. Für letzteres ist eine qualifizierte Mehrheit von jeweils drei Fünfteln der Abgeordneten und Senatoren notwendig. Außerdem bedürfen völkerrechtliche Verträge sowie Verträge, die Menschen- oder Grundrechte betreffen und zu deren Durchführung ein Gesetz erforderlich ist, der Zustimmung des Parlaments. Eine Besonderheit im Gesetzgebungsprozess stellt die Verabschiedung des Haushaltsentwurfs dar. Dieser kann nur von der Regierung eingebracht werden und wird im Vorfeld vom Kabinett beraten. Welche Probleme ein Haushaltsentwurf mit sich bringen kann, wenn die Regierung nicht von einer stetigen parlamentarischen Mehrheit getragen wird, war Anfang Dezember 2009 zu beobachten, als eine Koalition

von ČSSD und KSČM Fischers Vorlage um zusätzliche Ausgaben ergänzte. Vor der Abstimmung über die Mehrausgaben im Sozialwesen und für die Unterstützung der Landwirtschaft verließen konservative Abgeordnete aus Protest den Saal.

INFOBOX 1: DIE PARTEIENFINANZIERUNG IN TSCHECHIEN

Die Parteifinanzierung unterlag seit der Auflösung des kommunistischen Einparteiensystems im Jahre 1989 einem dynamischen Prozess, der als kennzeichnend für die bis heute andauernde Diskussion über den Grad der Beeinflussung der Politik durch die Wirtschaft betrachtet werden kann. Seit dem Jahr 2000 sind die Grundzüge der Parteienfinanzierung in Tschechien jedoch weitgehend konsolidiert auch wenn, wie zuletzt 2006, einige Änderungen vorgenommen wurden. Demnach basiert die Finanzierung vor allem auf vier Säulen:

Staatliche Zuschüsse

Die staatlichen Zuschüsse sind eng an den Wahlerfolg geknüpft und stellen insbesondere für die etablierten parlamentarischen Parteien eine der wichtigsten Einkommensquellen dar. Mit dem ständigen Zuschuss (*stálý příspěvek*) steht jeder Partei, die bei den nationalen Parlamentswahlen mehr als 3 Prozent der Stimmen erhält, ein jährlicher Zuschuss von sechs Millionen Kronen (ca. 231.000 Euro) zu. Der Zuschuss erhöht sich bis zu einem Stimmenanteil von fünf Prozent auf bis zu 10 Millionen Kronen (jeweils 200.000 Kč / ca. 7.971 Euro pro 0,1 Prozent der Gesamtstimmen). Die Zuschüsse für jedes Mandat im Abgeordnetenhaus betragen derzeit 900.000 Kč (ca. 35.872 Euro). Trotz anhaltender Kritik der kleineren Parteien an der Begünstigung der etablierten Parlamentsparteien besteht diese Regelung weiterhin fort. Die Wahlkampffinanzierung folgt anderen Bestimmungen und wird in Kapitel 5 näher erläutert.

Mitgliedsbeiträge

Durch die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen haben die Parteien die Möglichkeit eigene Gelder zu akquirieren. Jede Partei hat unterschiedliche Beitragssätze und je mehr Mitglieder sie hat, desto größer ist der Anteil der Beiträge am gesamten Finanzvolumen. Besonders für die mitgliedsstarke KSČM stellen die Beiträge neben den staatlichen Zuschüssen eine wichtige Einnahmequelle dar.

Unternehmerische Tätigkeit

Nach einem Urteil des Brünner Verfassungsgerichts von 1995 sind unternehmerische Tätigkeiten von Parteien generell legal und legitim. Jedoch ist ihr wirtschaftliches Engagement durch Gesetz auf bestimmte Unternehmensfelder wie beispielsweise den Betrieb von Druckereien zu Publikationszwecken oder der Organisation kultureller und politischer Veranstaltungen beschränkt.

Spenden

Die Annahme von Geld- und Sachspenden ist ebenfalls erlaubt und vor allem für die Sozialdemokraten eine sehr wichtige Einnahmequelle. Alle Spenden müssen jedoch, unabhängig von ihrer Höhe, im Jahreshaushaltsbericht der Parteien veröffentlicht werden. Bei Spenden von Parteimitgliedern liegt die Obergrenze bei 50.000 Kč (ca. 1.992 Euro) im Jahr. Spenden von Privatpersonen können diese Summe überschreiten, sofern ein Vertrag zwischen Spendengeber und -empfänger abgeschlossen wird. Dieser Vertrag muss gesetzlich festgelegte Kenndaten beider Vertragsparteien enthalten. Ein Verstoß gegen diese Regelung führt zur Rückzahlung der Spende an den Spendengeber, bis hin zu einer Rückzahlung in doppelter Höhe der Spendensumme an die Staatskasse, falls der Spender sich nicht ausfindig machen lässt. Ferner besteht seit dem Jahr 2000 ein Gesetz, das es ermöglicht Parteien aufzulösen, wenn diese ihre Jahreshaushaltsberichte nicht veröffentlichen.

Ein grundlegendes Problem in der tschechischen Parteienfinanzierung stellt die schwierige Erfassung von Sachspenden und Sachleistungen dar. Beides ist in Tschechien erlaubt, aber besonders die Wertfeststellung einer Sachleistung bereitet immer wieder Probleme. Der bekannteste Fall in dieser Hinsicht ereignete sich im Vorfeld der Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahre 1996.

Ein großes tschechisches Petroleumunternehmen stellte den Mitgliedern der ČSSD Tankkarten zur Verfügung, welche diese berechnete, zu vergünstigten Preisen Benzin und Diesel zu tanken. Der genaue Wert dieser Sachleistung war im Nachhinein schwer zu ermitteln und wurde im Rechenschaftsbericht der Partei überhaupt nicht erwähnt.

Eine Übersicht über die Finanzierung der Parteien ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

	ČSSD	ODS	KDU-ČSL	KSČM
Staatliche Zuschüsse	38%	51%	44%	55%
Mitgliedsbeiträge	2%	3%	5%	19%
Geld- und Sachspenden	45%	12%	2%	1%
Unternehmerische Tätigkeiten	5%	4%	15%	15%
Zinsen	0%	0%	0%	1%
Darlehen und Kredite	6%	7%	29%	0%
Sonstiges	4%	23%	5%	9%
Gesamteinkommen	100%	100%	100%	100%
Durchschnittliche Einnahmen pro Jahr in	13.542.272	11.243.192	5.386.873	6.542.004

Die Schatten des Kommunismus wirken bis heute politisch nach

Eine Besonderheit des politischen Systems in Tschechien stellt die Existenz der relativ starken kommunistischen Partei KSČM dar. Sie ist die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ), unterscheidet sich aber sowohl programmatisch als auch in der Zusammensetzung der Parteikader von ihrer Vorgängerin. Sie setzt sich nicht mit den Verbrechen der eigenen kommunistischen Vergangenheit auseinander und innerhalb der Partei gibt es weiterhin rückwärts gewandte Strömungen. Aus diesem Grund wurde die KSČM bisher von den anderen Parteien im Parlament grundsätzlich als Koalitionspartner auf nationaler Ebene abgelehnt. Ihre Stimmen fallen in der Regel dem Oppositionslager zu und verschieben so die Stimmenverteilung im Abgeordnetenhaus zu Gunsten der Opposition. Weil die Kommunisten für die anderen Parteien bisher – trotz ihrer gefestigten Stellung als drittstärkste Partei im Abgeordnetenhaus – zumindest auf nationaler Ebene nicht als Koalitionspartner in Betracht gezogen wurden, erweist sich die Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung als außerordentlich schwierig. Obwohl in der Vergangenheit vereinzelt Stimmen laut wurden, die Partei zu verbieten oder zumindest ihre Verfassungstreue überprüfen zu lassen, wird die KSČM von den demokratischen Parteien als auch auf der Bürgerebene zumeist stillschweigend toleriert und ist in verschiedenen Bereichen der tschechischen Politik relativ einflussreich. Seit den Regionalwahlen im Oktober 2008 ist die Partei Mitglied der Regierungskoalitionen in den Regionen Karlsbad und Mährisch-Schlesien. Ebenfalls 2008 konnte Václav Klaus seine Wiederwahl als Staatspräsident nur durch das Wahlverhalten der Kommunisten erreichen. Diese gaben ihre Stimmen im entscheidenden Wahlgang einem eigenen, aber offensichtlich aussichtslosen Kandidaten und nicht mehr dem Gegenkandidaten von Klaus. In der Öffentlichkeit wurde dies als eine indirekte Unterstützung des Kandidaten Klaus wahrgenommen.

Weil eine aktive Politikgestaltung mit der KSČM zumindest auf nationaler Ebene für die anderen Parteien bis dato einen Tabubruch darstellt, wurde in der Vergangenheit fieberhaft eine Lösung für das schwierige Dilemma der Regierungsbildung gesucht. Da sich die Parlamentsparteien nach den Wahlen 1998 nicht auf eine Regierungskoalition einigen konnten, kam es damals zum sogenannten *Oppositionsvertrag* zwischen den Sozialdemokraten und der demokratischen Bürgerpartei ODS. Gegenstand des Vertrags war die wechselseitige Unterstützung der beiden Parteien bei der Bildung einer Regierungskoalition. ODS und ČSSD vereinbarten, dass die Partei, welche die meisten Stimmen auf sich vereint, das Recht zur

Regierungsbildung auch ohne Koalitionspartner zugesprochen wird. Diese Minderheitsregierung sollte dann von der jeweils anderen Seite toleriert und ein möglicher Misstrauensantrag im Parlament nicht unterstützt werden. Der Preis für dieses Arrangement war jedoch, dass - ähnlich einer Koalition zwischen den beiden Volksparteien - gemeinsame Ausschüsse gebildet wurden und die Opposition so faktisch mitregieren konnte. Der Oppositionsvertrag war eine kreative Lösung für das Problem der Regierungsbildung unter schwierigen Bedingungen, aber ebenso machiavellistisch motiviert. Er etablierte ein Machtkartell der beiden großen Volksparteien und marginalisierte die kleinen Parteien. Durch für die Öffentlichkeit nicht transparente Absprachen in den gemeinsamen Ausschüssen konnte das Regierungshandeln nicht mehr eindeutig einer bestimmten Partei zugeordnet werden. Das Prinzip einer der Regierung gegenüberstehenden und sie kontrollierenden Opposition wurde verwässert. Der Oppositionsvertrag hielt vier Jahre und wurde nach den Parlamentswahlen 2002 aufgelöst, als die ČSSD mit der KDU-ČSL und der US-DEU eine mehrheitsfähige Koalition bilden konnte.

3. DAS WAHLSYSTEM

Die rechtlichen Grundlagen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus finden sich in den Artikeln 18 bis 20 der Verfassung sowie dem Gesetz 274/1995 (in der Fassung 320/2009) über die Parlamentswahlen. Jeder Bürger, der das 21. Lebensjahr vollendet hat, kann als Kandidat zur Wahl zum Abgeordnetenhaus antreten. Wahlberechtigt ist jeder Tscheche, der das 18. Lebensjahr vollendet hat. Dass in Tschechien nach dem Verhältnisprinzip gewählt wird, eröffnet sich dem Betrachter schnell, wenn er sich ein Bild der vielfältigen Parteienlandschaft im Land macht. Wie in Ländern mit einem proportional repräsentativen Wahlsystem üblich, gibt es in Tschechien relative viele politische Interessenvertretungen, die sich im Mai zur Wahl stellen werden. So waren Ende Januar 2010 beim tschechischen Innenministerium 73 aktive Parteien und 37 aktive politische Bewegungen registriert. Die Parteien und Bewegungen stellen in den 14 Wahlkreisen, die mit den Selbstverwaltungskreisen identisch sind, jeweils eigene Wahllisten auf, mit denen sie sich für die Mandate bewerben.

Kleinere Parteien haben in Tschechien jedoch mit zwei Schwierigkeiten zu kämpfen. Zunächst einmal gilt eine Fünf-Prozent-Hürde, die es zu nehmen gilt, um ein Mandat zu erlangen. Als zweites Hindernis erweist sich nicht selten die Mandatszuteilung nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren, welches kleine Parteien in den kleineren Wahlkreisen Tschechiens eher benachteiligt. Aus diesem Grund sprechen einige Experten auch von einer disproportionalen Repräsentation. (Ein Exkurs zum d'Hondtschen Höchstzahlverfahren ist in der Infobox 2 auf der nächsten Seite zu finden). Eine weitere Besonderheit im tschechischen Wahlsystem ist die sogenannte Präferenzstimme. Der Wähler kann zwei Kandidaten auf einer Wahlliste eine Präferenzstimme zuteilen und somit prinzipiell seine Position auf der Wahlliste beeinflussen. In der Praxis kommt dies jedoch nicht allzu oft vor. Die meisten Wähler machen ihr Kreuz lediglich bei der von ihnen bevorzugten Partei, ohne die Möglichkeit der Präferenzstimmen zu nutzen.

Das tschechische Wahlrecht kennt viele Variablen

Die Anzahl der Mandate, die jeder einzelnen Region für die Parlamentswahlen zustehen, werden bei jeder Wahl vom staatlichen Statistikamt neu berechnet. Besonders eine Kennzahl spielt hierbei eine zentrale Rolle: Die Anzahl der gültigen Stimmen – implizit also die Wahlbeteiligung. In einem ersten Schritt wird zunächst die Gesamtzahl aller gültigen Stimmen durch die Anzahl der Abgeordneten (also 200) dividiert. Der so berechnete Wert wird als „Mandatszahl der Republik“ bezeichnet. In einem zweiten Schritt wird dann die Anzahl aller gültigen Stimmen jeder einzelnen Region durch die Mandatszahl der Republik dividiert. Das Ergebnis dieser zweiten Berechnung ergibt dann die Mandate jeder einzelnen Region. Sofern durch diesen Algorithmus nicht alle 200 Mandate verteilt wurden, werden in einem letzten Schritt Rundungsfehler behoben. So können Regionen, welche durch eine knappe Rundung ein Mandat verloren haben, wieder eines zurückgewinnen. Die Mandatszuteilung an die einzelnen Regionen erfolgt also indirekt proportional zum Bevölkerungsanteil. Entscheidend ist in diesem Fall eine hohe Wahlbeteiligung. Eine Übersicht über die einzelnen Wahlkreise sowie die ihnen zustehenden Mandate bei den Abgeordnetenhauswahlen 2006 findet sich in Abbildung 2. Die Tabelle enthält ebenfalls eine Spalte, in der die Mandate für die einzelnen Regionen angegeben sind, wenn die Mandatszuteilung ausschließlich nach den proportionalen Bevölkerungsanteilen berechnet werden würde.

Beispielsweise lebten 2006 in der Region Prag etwa 11,5 Prozent aller Tschechen. Demnach würden bei einer proportionalen Mandatsverteilung 23 Sitze auf die Hauptstadtregion entfallen. Weil die Wahlbeteiligung in Prag jedoch überdurchschnittlich hoch war, bekam die Region tatsächlich zwei Sitze

mehr, also 25. Das gegenteilige Beispiel lässt sich an der Region Ústecký verdeutlichen. Hier lag die Wahlbeteiligung etwa 6 Prozent unter dem Landesdurchschnitt und deshalb bekam die Region zwei Sitze weniger als ihr nach einer proportionalen Zuteilung zustehen würden.

Eine Übersicht über die Wahlergebnisse zum Abgeordnetenhaus seit 1996 findet sich in Anhang B.

INFOBOX 2: DAS D'HONDTSCHES HÖCHSTZAHLVVERFAHREN

Das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren ist eine Methode, um in Wahlsystemen mit Verhältniswahlrecht die proportionale Repräsentation in Vertretungskörperschaften zu berechnen. Das hinter diesem Verfahren stehende Prinzip wurde 1882 von dem belgischen Juristen Victor d'Hondt entwickelt und ist in seiner Abhandlung *Système pratique et raisonné de représentation proportionnelle* beschrieben. Ein solcher Berechnungsmodus ist notwendig, weil bei einer Verhältniswahl in der Regel nie alle Kandidaten oder Parteien eine ganzzahlige proportionale Sitzverteilung erreichen. Da es nicht möglich ist, einem Abgeordneten einen Achtel- oder einen Sechstel-Sitz zuzuweisen, muss das Wahlergebnis auf die zur Verfügung stehenden Sitze umgerechnet werden. Hierzu wird die für die jeweiligen Wahlalternativen abgegebene Gesamtzahl der Stimmen nacheinander durch die Zahlen 1, 2, 3, n geteilt, bis aus den daraus gewonnenen Teilungszahlen so viele Höchstzahlen gewonnen werden, wie Mandate zu vergeben sind. Jede Wahlalternative erhält schließlich so viele Sitze, wie Höchstzahlen auf sie entfallen.

Um die Anwendung des d'Hondt-Verfahrens zu demonstrieren, soll hier die Berechnung der Mandate für den Wahlkreis Karlsbad bei den Parlamentswahlen 2006 nachvollzogen werden. Diesem Wahlkreis stehen insgesamt fünf Abgeordnetenmandate zu. Die relevanten Wahlergebnisse sind in der folgenden Tabelle aufgeführt.

Partei	Zahl der Stimmen	Prozentanteil der Stimmen*	Proportionale Sitzverteilung
ODS	49.189	35,87	1,79
ČSSD	44.887	32,73	1,64
KSČM	20.323	14,82	0,74
SZ	9.206	6,71	0,34
KDU-ČSL	4.723	3,44	0,17

* Prozentuale Verteilung bei Berücksichtigung aller Wahlalternativen

Wie zu erwarten, lässt sich das Wahlergebnis nicht in eine ganzzahlige Sitzverteilung umrechnen. Die KDU-ČSL konnte die Fünf-Prozent-Hürde in der Region Karlsbad zwar nicht nehmen, war aber dennoch mandatsberechtigt, weil ihr landesweites Ergebnis bei 7,2 Prozent lag. In der folgenden Tabelle wird nun dargestellt, wie sich die tatsächliche Mandatsverteilung errechnete.

Divisor	ODS	ČSSD	KSČM	SZ
1	49.189 [1]	44.887 [2]	20.323 [5]	9.206
2	24.594,5 [3]	22.443,5 [4]	10.161,5	4.603
3	16.396,3	14.962,3	6.774,3	3.068,7
4	12.297,3	11.221,8	5.080,7	2.301,5
5	9.837,8	8.977,4	4.064,6	1.841,2

Durch die Anwendung des d'Hondt-Verfahrens erhält man, ausgehend von der gesamten Zahl der Stimmen für jede Partei, die Höchstzahlen, die nun absteigend ihrer Größe nach geordnet werden. Die Zahlen in Klammern geben die Reihenfolge der Höchstzahlen an. Auf diese Weise entstand die Vergabereihenfolge für die Mandate in der Region Karlsbad. ODS und ČSSD erhielten jeweils zwei Mandate und die KSČM ein Mandat. Die Grünen konnten kein Mandat gewinnen, obwohl sie eindeutig über der 5 Prozent Hürde lagen. So wird deutlich, dass das d'Hondt-Verfahren in kleinen Wahlkreisen kleinere Parteien benachteiligt.

	Region (<i>kraj</i>)	Einwohner	Proportionale Mandatsverteilung*	Wahlbeteiligung in %	Mandate
a	Prag	1.181.610	(23,0)	68.51	25
b	Středočeský (Mittelböhmen)	1.158.108	(22,6)	65.96	23
c	Moravskoslezský (Mährisch-Schlesien)	1.250.769	(24,4)	61.02	23
d	Jihomoravský (Südmähren)	1.130.358	(22,1)	65.29	23
e	Ústecký (Aussig)	823.173	(16,1)	57.22	14
f	Jihočeský (Südböhmen)	627.766	(12,2)	65.36	13
g	Olomoucký (Olmütz)	639.161	(12,5)	64.52	12
h	Zlínský (Zlín)	590.142	(11,3)	66.90	12
i	Královéhradecký (Königgrätz)	548.368	(10,7)	66.69	11
j	Plzeňský (Pilsen)	551.528	(10,8)	63.92	11
k	Vysočina (Hochland)	510.767	(10,0)	67.61	10
l	Pardubický (Pardubice)	506.024	(9,9)	67.37	10
m	Liberecký (Reichenberg)	429.031	(8,4)	62.35	8
n	Karlovarský (Karlsbad)	304.274	(5,9)	56.48	5
	14	10.251.079	200	64.47	200

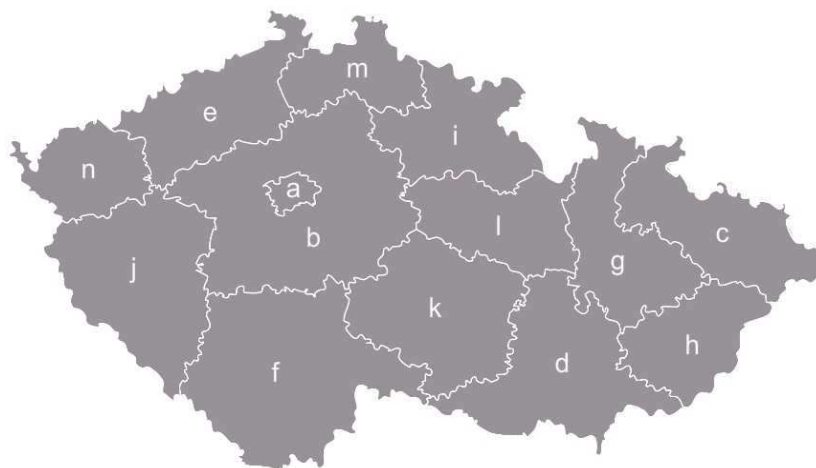


Abb. 2: Übersicht über Wahlkreise, Einwohnerzahlen, Wahlbeteiligung sowie die theoretische proportionale Mandatsverteilung und die tatsächlichen Mandate. Alle Zahlen für die Parlamentswahlen 2006. Quelle: Staatliches Statistisches Amt der Tschechischen Republik
* Alle Zahlen gerundet.

4. PARTEIEN, KANDIDATEN UND PROGRAMME

Das tschechische Parteienspektrum ist sehr vielfältig und unterliegt einem stetigen Wandel. Obwohl es das Wahlsystem kleineren Parteien auf nationaler Ebene schwierig macht, sich durchzusetzen, gibt es Beispiele von Parteien mit weniger als 2.500 Mitgliedern, die den Sprung ins Abgeordnetenhaus geschafft haben. Beim Innenministerium waren Ende Januar 2010 110 aktive politische Parteien und Bewegungen registriert. Insgesamt 27 politische Parteien und Gruppierungen stellten einen Kandidaten auf und meldeten sich zur Wahl an. Eine realistische Chance auf den Einzug ins Abgeordnetenhaus haben jedoch nur die Kandidaten von sieben Parteien. Abgesehen von den Grünen und der noch jungen TOP 09 und Věci veřejné sind diese Parteien bisher regelmäßig im Parlament vertreten gewesen. In diesem Kapitel sollen nun diese sieben Parteien, ihre Spitzenkandidaten sowie ihre Wahlprogramme vorgestellt werden. Am Schluss des Kapitels folgt dann noch eine kurze Übersicht über die bekanntesten kleineren Wählervereinigungen. Sie sollen bei der Vorstellung der sich zur Wahl stellenden Parteien nicht fehlen, denn es wurde aus den verschiedensten Gründen häufig über sie in den tschechischen Medien berichtet. Die Reihenfolge, in der die Parteien vorgestellt werden, basiert auf dem Ergebnis der Parlamentswahlen 2006. Im Anhang finden Sie einen gebündelten Überblick über die Wahlprogramme mit Vergleich der wichtigsten Punkte.

4.1 ODS – Demokratische Bürgerpartei



ODS - Občanská demokratická strana

Politische Richtung: konservativ, wirtschaftsliberal, Mitte-Rechts

Mitglieder: 33.960 (Stand: 03.02.2010)

Vorsitzender: Petr Nečas

<http://www.ods.cz>

Die Demokratische Bürgerpartei ODS hat ihren Ursprung im Bürgerforum (*Občanské Forum*), das als politisches Organ der reformorientierten Kräfte im Zuge der Samtenen Revolution entstanden ist. Als im Jahre 1990 die ersten freien und demokratischen Wahlen stattfanden, deuteten sich allerdings erste politische Differenzen innerhalb des Bürgerforums an. Das gemeinsame Ziel der Aktivisten – die Zerschlagung des totalitären Regimes – war erreicht und es stellte sich die Frage, welchen Kurs das Land in der postkommunistischen Phase einschlagen sollte. Anfang 1991 wurde auf einem Parteikongress in Hostivař, bei dem die unterschiedlichen Vorstellungen des linken und rechten Flügels des Bürgerforums offen zu Tage traten, ein neues Programm verabschiedet. Kurz darauf spaltete sich die heutige ODS als rechtskonservativer, wirtschaftsliberaler Flügel vom Bürgerforum ab. Als treibende Kraft hinter dieser Abspaltung positionierte sich früh Václav Klaus, der im März 1991 zum ersten Parteivorsitzenden der ODS gewählt wurde und als ihr Gründungsvater gilt. In den folgenden Jahren konnte sich die ODS als erfolgreiche Partei im politischen System der Tschechoslowakei, seit 1993 Tschechien, etablieren.

Die ODS ist Tschechiens bisher stärkste bürgerliche Partei. Sie versteht sich als liberale Partei mit konservativen Elementen. Wirtschaftspolitisch tritt sie für eine freie Marktwirtschaft ein, die in ihrer Entfaltung durch möglichst wenig soziale und ökologische Anforderungen und Eingriffe beschränkt werden sollte. Programmatisch verfolgt die ODS eine Politik der geringen Umverteilung durch Transferleistungen und den Abbau von Steuern. In der Regierungspraxis nahm die Partei allerdings in dieser Hinsicht bisher eine moderate Haltung ein. Außenpolitisch betont die ODS stärker als die anderen bürgerlichen Parteien die nationalen Interessen der Tschechischen Republik. Dementsprechend tritt sie dem europäischen Integrationsprozess eher kritisch und pragmatisch gegenüber. Eine besondere Bedeutung misst sie allerdings der wirtschaftlichen Dimension der Mitgliedschaft Tschechiens in der Europäischen Union zu.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von 1992 wurde die ODS unter Klaus Führung die stärkste Fraktion und stellte in einer Koalition mit der KDS, der KDU-ČSL und der ODA die Regierung. Die ODS wurde so zur maßgeblichen politischen Kraft bei der Gestaltung der Systemtransformation. Sie war

ebenfalls Verhandlungspartner bei der friedlichen Sezession der Slowakei und legte den Grundstein für die Verhandlungen zum Beitritt zur Europäischen Union. Die Beziehungen zu den europäischen Institutionen und den Mitgliedsstaaten der EU waren jedoch nicht immer spannungsfrei und einige Kommentatoren erkannten im „verspäteten“ Antrag auf Mitgliedschaft im Jahre 1996 bereits erste Anzeichen von Euroskeptizismus. Vor allem die von Václav Klaus verfolgte wirtschaftsliberale Haltung der Partei trug dazu bei. Ungeachtet dessen war die Ausrichtung auf die Einbindung in die Strukturen der EU und der NATO stets der Grundpfeiler der Außenpolitik.

Nach dem Regierungswechsel 1998 wurde die ODS die stärkste Oppositionspartei im Parlament, bis sie nach den Wahlen 2006 unter Topolánek wieder die Regierungsmehrheit stellen konnte. Bereits vier Jahre zuvor kam es zu einer Wende in der Parteigeschichte, als der bis dahin erste und einzige Vorsitzende Klaus von Topolánek abgelöst wurde. Topoláneks zunehmend pragmatische Haltung gegenüber der EU führte zu einem Streit mit dem Staatspräsidenten Klaus, der die ODS zu spalten drohte. Mit Zurückgabe seines Ehrenvorsitzes zog sich Klaus Ende 2008 zumindest vordergründig aus der Partei zurück. Hinter den Kulissen pflegte er weiterhin engen Kontakt zu „seinem“ Parteiflügel und beeinflusste maßgeblich die Zielrichtung des innerparteilichen Meinungsbildungsprozesses.

Die Folgen waren während der EU Ratspräsidentschaft Tschechiens sichtbar, als der Regierung Topolánek vom Abgeordnetenhaus auch durch Stimmen abtrünniger ODS-Abgeordneter das Misstrauen ausgesprochen wurde und so letztlich das Problem der Instabilität der ODS zu einem europäischen Problem wurde. Obwohl sich bereits im Vorfeld des Regierungsturzes abzeichnete, dass Topoláneks Regierung aufgrund der fehlenden eindeutigen Mehrheit im Parlament einen unsicheren Stand hatte, konnte sich Topolánek beim ODS-Parteikongress im Dezember 2008 noch deutlich gegen seinen Herausforderer, den Prager Oberbürgermeister und Klaus-Schützling Pavel Bém, durchsetzen. Nichtsdestotrotz war der Regierungsturz eine herbe Niederlage sowohl für Topolánek selbst als auch für die gesamte ODS.

Mit den nun anstehenden Wahlen kündigt die Parteiführung mit der „Vision 2010“ einen Neuanfang an. Inzwischen ist auch die Ära Topolánek zu Ende gegangen. Nachdem er im Rahmen der Haushaltsdebatte Ende 2009 aus Protest sein Abgeordnetenmandat niedergelegt hatte und fortan die Parlamentsdiskussionen lediglich von der Gästetribüne aus verfolgen konnte, trat er nach umstrittenen Aussagen gegen den Übergangspremier Jan Fischer und seine Kabinettskollegen vom ODS-Vorsitz und von der Kandidatenliste zurück (siehe Kapitel 7, Aktuelle Entwicklungen). Sein Nachfolger wurde einer seiner bisherigen Stellvertreter und langjährigen Begleiter, der ehemalige Sozialminister Petr Nečas. Von ihm erhofft sich die ODS ein ruhigeres und überlegteres Auftreten in der Öffentlichkeit als es sein Vorgänger pflegte, um der Partei wieder mehr Seriosität bei den Wählern zu verschaffen.

Gegenwärtig ist die ODS mit 81 Sitzen im Abgeordnetenhaus vertreten und vor den Sozialdemokraten stärkste politische Kraft im Land.

4.1.1 Petr Nečas



Geburtstag: 19. November 1964

Geburtsort: Uherské Hradiště

Mitglied in der ODS seit: 1991

Position: Parteivorsitzender (seit 2010)

Wichtige politische Positionen bisher: Minister für Arbeit und Soziales (2006 – 2009)

<http://www.petr-necas.cz>

Offizielle Internetseite des Politikers (tschechisch)

Der studierte Physiker Petr Nečas ist seit 1991 Mitglied der ODS. Nach Studium und Wehrdienst wurde er bereits 1992 als Abgeordneter ins Parlament gewählt. Dort war er im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten tätig. Seine Themenschwerpunkte dabei waren NATO und Verteidigungspolitik. Von 1995 bis 1996 war Nečas stellvertretender Verteidigungsminister, ab 1998 dann Verteidigungsminister. Im Wettbewerb um die Nachfolge des Parteivorsitzes der ODS stellte sich Nečas 1999 zur Verfügung. Doch obwohl sich der Parteigründer und langjähriger Vorsitzende Václav Klaus für Nečas aussprach, unterlag dieser im entscheidenden Wahlgang nur um wenige Stimmen dem späteren Ministerpräsidenten Mirek Topolánek.

Von 2006 bis zum Sturz der Regierung im März 2009 war Nečas Minister für Arbeit und Soziales sowie stellvertretender Ministerpräsident.

Nach dem Rücktritt von Topolánek im März 2010 übernahm Nečas sowohl Parteivorsitz als auch die Spitzenkandidatur seiner Partei. Nečas gab an, die Wahlkampfstrategie auch nach dem Personalwechsel beibehalten zu wollen. Die Hauptaufgabe der Partei sei zunächst einmal ein erfolgreicher Wahlkampf.

Nečas, der bisher Vizeparteichef war, gilt nach Aussagen von Beobachtern in der politischen Debatte als etwas farblos. Die Nachfolgeregelung des Parteivorsitzes gilt als Indiz für einen Richtungsstreit innerhalb der ODS. Hintergrund des Konflikts sind die Kontroversen um die Orientierung der Partei: Europaskeptiker und Wirtschaftsliberale sind dort ebenso stark vertreten wie Wertkonservative und EU-Pragmatiker, zu deren Gruppe auch Nečas gehört.

Topolánek versuchte stets zwischen den verschiedenen Strömungen zu vermitteln und war dabei selbst häufig unter Druck geraten. Jetzt besteht die Gefahr, dass diese alten Spannungen in der Partei wieder aufreißen. Aktuelle Meinungsumfragen prognostizieren einen Stimmenverlust der ODS zugunsten der Sozialdemokraten.

Nečas möchte hingegen den Wandel der Partei verkörpern und durch Disziplin die Ordnung in der Partei wiederherstellen. Indem er Themen aus der Sozialpolitik, wie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Karriere und Familie für Frauen, die Einführung des Elternurlaubs für Väter oder die Förderung von Kinderkrippen, fordert, versucht er, bei Wählern des sozialdemokratischen Lagers zu punkten.

4.1.2 Das Wahlprogramm

Erst spät - Mitte April - hat auch die ODS ihr Wahlprogramm „Lösungen, die helfen“ veröffentlicht. Es zielt in erster Linie auf den Leitsatz „Verschuldung mindern, eine Zukunft ohne Schulden“. Zwar äußert sich die ODS u.a. auch zu sozialen Themen, Familie und Korruption, doch stehen die Bürgerdemokraten traditionell in erster Linie für einen wirtschaftspolitischen Kurs.

	POSITIONEN IM WAHLPROGRAMM
Innenpolitik	Tschechien sollte nur die Immigranten aufnehmen, die bereit sind, sich den kulturellen und gesellschaftlichen Regeln anzupassen und Kenntnisse der tschechischen Sprache vorweisen können. Das Land sollte nur so viele Ausländer aufnehmen, wie integriert werden können.
Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik	Eine Priorität der Außenpolitik stellt die Gewährleistung der Energiesicherheit Tschechiens dar. Die Abhängigkeit von russischen Gasimporten soll verringert werden. Der Bau von Gaspipelines in der zentralasiatischen Region muss unterstützt werden. Der Gastransfer über russisches Hoheitsgebiet kann so umgangen werden. Als Staat mit einer exportorientierten Wirtschaft soll sich Tschechien für die weitere Liberalisierung der Weltmärkte einsetzen. Die europäische Integration wird im Allgemeinen als Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen verstanden. Diese Perspektive hat jedoch fast ausschließlich den wirtschaftlichen Wohlstand im Blick und vernachlässigt das Projekt der Wertegemeinschaft.

**Wirtschafts-,
Finanz-, Steuer-
und Infrastruktur-
politik**

Im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik könnten Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus sowie das internationale Verbrechen Erfolg versprechen. Eine Einbeziehung der NATO sei hierbei empfehlenswert.

Eine militärische Eigenständigkeit der EU wird abgelehnt.

Eine gemeinsame europäische Steuerpolitik wird abgelehnt.

Dementsprechend wird die post Lissabon Periode betont kritisch betrachtet und die weitere politische Integration als Prozess einer „Monopolisierung“ durch die größeren Mitgliedstaaten interpretiert. Deshalb vertritt die ODS das **Konzept einer flexibleren europäischen Integration**, ohne jedoch näher auf den Inhalt eines solchen Konzepts einzugehen.

Die Strukturfonds der Europäischen Union seien eine Chance, die wirtschaftliche Entwicklung in Tschechien zu fördern. Die ODS setzt sich dafür ein, bei der Verhandlung über den Finanzrahmen der EU im Jahr 2013 im Bereich der **Regionalentwicklung** Schwerpunkte zu setzen.

Das Hauptziel der Wirtschaftspolitik sollte eine **konstante Beschäftigungsrate** sein, da nur so langfristig der Staatsverschuldung entgegengewirkt werden könne. Die Senkung der Sozialversicherungsabgaben – und somit die Senkung der Produktionskosten – für Unternehmen wäre ein wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen. Die Wirtschaftspolitik der ODS wird von der Maxime der **Steuersenkung** als Mittel für Wirtschaftswachstum geleitet.

Der Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der **Ausbau des Autobahnnetzes** hat eine hohe Priorität. Das Budget für Infrastrukturprojekte sollte erhöht und von der EU bereitgestellte Mittel sollten zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden. Darüber hinaus sollte die technische, kulturelle und soziale Infrastruktur weiter ausgebaut werden. Wichtige Partner für diese Vorhaben seien die regionalen und kommunalen Entscheidungsträger.

Im Bereich des Bankensektors sind keine Maßnahmen geplant, weil die Finanzkrise in Tschechien auf die Banken vergleichsweise geringe Auswirkungen hatte. Handlungsbedarf wird in dieser Hinsicht nicht gesehen.

**Sozial- und
Gesundheitspolitik**

In Bezug auf die Sozialpolitik beruft sich die ODS auf Erfolge eigener Reformen, zu denen u.a. eine Entlastung von Familien mit Kindern im Jahr 2008 zählt. Diese und andere **Steuervergünstigungen** hatte die ODS seit 2006 eingeführt, um die „hohen Sozialabgaben“ der Vorgängerregierung zu kompensieren. Weiterhin wird eine sogenannte „adressierte Sozialpolitik“ gefordert, nach der sich die Sozialausgaben an den konkreten Bedürfnissen der jeweiligen Leistungsempfänger orientieren sollten.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte durch die Förderung von Teilzeitbeschäftigung verbessert werden. Ein Aspekt dieser Förderung umfasse das „Elterngeld der drei Geschwindigkeiten“, welches einen zeitweisen Ausstieg aus dem Berufsleben von jeweils zwei, drei oder vier Jahren ermögliche.

Ein Schwerpunkt der Sozialpolitik ist die **Notwendigkeit einer Rentenreform**. Es wird die Einführung eines gesetzlichen und eines freiwilligen Rentenfonds vorgeschlagen, der den Anforderungen des demographischen Wandels gerecht werden sollte.

Der Überalterung der Gesellschaft sollte durch einen Ausbau der Pflege- und Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen Rechnung getragen werden. Durch die Förderung von Tagesbetreuungsangeboten für Senioren sollte die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege erleichtert werden.

Die ODS weist darauf hin, dass unter der Regierungsführung von Mirek Topolánek das Budget des Kulturministeriums beinahe verdoppelt wurde. Im Bereich der Kulturförderung orientiert sich das Programm stark an **Investitionen im Bereich Tourismus**, weil so auch Kulturdenkmäler gepflegt und erhalten werden könnten. Um dieses Ziel zu erreichen sollten Mittel der EU verwendet werden.

Die Bildungsförderung sei ein entscheidendes Momentum für die zukünftige Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Wirtschaft. Für Unternehmen, welche die **Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer** fördern, sollten Steuervergünstigungen gewährt werden. Von staatlicher Seite sollten Investitionen in Forschung und Entwicklung unternommen werden, um den Standort Tschechien zu stärken.

Bei der Energiepolitik liegt der Schwerpunkt auf einer Verringerung der „ungesunden“ Abhängigkeit von russischen Gasimporten. Insbesondere der **Ausbau des Kernkraftwerks Temelín** könne zu diesem Ziel einen Beitrag leisten. Die Modernisierung von Kohlekraftwerken könnte einerseits die Energiesicherheit erhöhen und andererseits zur „ökologischen Schonung“ der Umwelt beitragen.

Quelle: <http://www.ods.cz/docs/programy/volebni-program2009.pdf> (16.03.2010)

4.2 ČSSD – Die Sozialdemokraten



ČSSD - Česká strana sociálně demokratická
Politische Richtung: sozialdemokratisch, Mitte-Links
Mitglieder: ca. 21.100 (Stand: März 2010)
Vorsitzender: Jiří Paroubek

<http://www.cssd.cz>

Von allen Parteien Tschechiens hat die sozialdemokratische ČSSD die längste politische Tradition nachzuweisen. Bereits seit 1907 hat die tschechische Sozialdemokratie ihren historischen Sitz im Volkshaus in der Hybernská Straße im Herzen Prags. Die Geschichte ihrer Entstehung reicht jedoch bis zum Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück, als sich die tschechische Arbeiterschaft allmählich zu organisieren begann und erste eigene politische Programme entwickelte. Im Jahre 1874 beteiligten sich Vertreter der tschechischen Arbeitervereine an der Gründung der gesamtösterreichischen Sozialdemokratischen Partei. Doch bereits vier Jahre später erzwangen organisatorische Gründe die Gründung der eigenständigen sozialdemokratischen tschechoslowakischen Partei in Österreich. In den 1890er Jahren gewann die tschechische Sozialdemokratie eine beherrschende Stellung unter der Arbeiterschaft und großen Teilen der Intelligenz. Unter dem damaligen Parteivorsitzenden J. Steiner zogen im März 1897 erstmals fünf Abgeordnete der Sozialdemokraten ins Parlament ein. Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1905 erreichte die Partei bereits einen Stimmenanteil von 38 Prozent. In der Zeit der Ersten Republik waren die Sozialdemokraten eine der wichtigsten Parteien im Land und an der überwiegenden Mehrheit der verschiedenen Regierungskoalitionen beteiligt.

Im Zuge des Münchener Abkommens 1938 wurde die Partei in die Nationale Partei der Arbeit (*Národní strana práce*) eingegliedert, woraufhin viele Funktionäre und Mitglieder der Sozialdemokraten ins Exil gingen und ihre Arbeit dort fortführten. Von 1948 bis 1989 war die Partei mit der kommunistischen KSČ zwangsvereinigt. Erst nach der Samtenen Revolution konnte sich die Sozialdemokratie wieder als selbstständige Partei etablieren und ist seit 1993 unter ihrem heutigen Namen bekannt.

Unter der Führung von Miloš Zeman wurde die ČSSD in den 1990er Jahren neben der ODS zur größten politischen Kraft im Land. Nach den Wahlen 1998 konnte sie mit Zeman auch erstmals den Ministerpräsidenten stellen, der einer, von der ODS aufgrund des Oppositionsvertrages (siehe oben) tolerierten, Minderheitsregierung vorstand. Inhaltlich orientiert sich die Partei an der Idee des Wohlfahrtsstaates. Der größte politische Konkurrent im Mitte-Links-Spektrum ist die kommunistische KSČM. Anfang der 1990er Jahre konnte die ČSSD jedoch die moderaten und sozialdemokratisch orientierten Flügel der KSČ erfolgreich absorbieren und auch heute versucht die Partei weiterhin, die Kommunisten zu marginalisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, orientiert sich die Partei gelegentlich sehr weit links, um die kommunistische Wählerschaft anzusprechen. Auf nationaler Ebene distanzierte sich die Partei bisher zwar von den Kommunisten, aber auf der Regionalebene ist sie dennoch Koalitionen mit der KSČM eingegangen.

Besonders im Vorfeld der kommenden Wahl wird die ČSSD von links unter Druck gesetzt. Bei der Diskussion um den 13. Rentenmonat, die Wiedereinführung des progressiven Steuersystems sowie die Abschaffung der unbezahlten ersten drei Krankenstandstage arbeitete sie mit den Kommunisten im Abgeordnetenhaus gegen die Regierung und die ODS zusammen. Der Wettlauf um die „sozialere Politik“ wird allerdings ausschließlich von der KSČM vorangetrieben und den Sozialdemokraten bleibt keine Wahl als mitzuziehen, um sich eine gute Ausgangsposition für den Wahlkampf zu schaffen. Sicher würde die ČSSD sich auch ohne den Druck der Kommunisten an Themen wie „Sozialer Gerechtigkeit“ und Umverteilungspolitik orientieren, aber ihr Handlungsspielraum wäre wesentlich flexibler. Trotzdem befinden sich die Sozialdemokraten andererseits in einer sehr komfortablen Situation. Die ČSSD und die KSČM können derzeit im Parlament Politik gestalten ohne die Regierung stellen zu müssen – ja sie sogar völlig in ihren Entscheidungen umgehen.

Gegenwärtig ist die ČSSD mit 74 Sitzen im Abgeordnetenhaus vertreten und nach den Bürgerdemokraten zweitstärkste politische Kraft.

4.2.1 Jiří Paroubek



Geburtstag: 21. August 1952

Geburtsort: Olomouc

Mitglied in der ČSSD seit: 1989

Position: Parteivorsitzender (seit 2006)

Wichtige politische Positionen bisher: Minister für die Regionen (2004 – 2005); Ministerpräsident (2005 – 2006)

<http://www.paroubek.cz>

Offizielle Internetseite des Politikers (tschechisch)

Der Sozialdemokrat Jiří Paroubek gehört zu der Klasse tschechischer Politiker, die besonders polarisieren können. Falls die ČSSD im Mai die Wahlen gewinnen sollte, dann wird der studierte Ökonom voraussichtlich das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen und erneut in der Regierungsverantwortung stehen. Zunächst ab 2004 Minister für regionale Entwicklung im Kabinett der sozialdemokratisch geführten Regierung unter Stanislav Gross, übernahm er den Posten seines Chefs, als dieser wegen einer Affäre um die undurchsichtige Finanzierung seiner Privatwohnung zurücktreten musste. Seine Amtszeit währte jedoch nur ein gutes Jahr, denn bei den Wahlen 2006 konnte die ČSSD keine Regierungsmehrheit mehr gewinnen.

Seine politische Karriere bei den Sozialdemokraten begann Paroubek bereits 1989 als er sich politisch bei der wieder neu gegründeten tschechoslowakischen Sozialdemokratie engagierte, dessen Zentralsekretär er 1990 wurde. Bevor er schließlich 2004 in die nationale Politik wechselte, fand seine politische Sozialisation in der Regionalpolitik der Hauptstadt statt. Zunächst besetzte er ab 1993 verschiedene Funktionen im Vorstand der ČSSD in Prag, bis er 1998 das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters übernahm und für die Finanzpolitik verantwortlich war. Infolge seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten durch Staatspräsident Václav Klaus übernahm er die Führung seiner Partei, als er 2006 zum Vorsitzenden der ČSSD gewählt wurde und auch dort Stanislav Gross, der diese Position gerade mal ein gutes Jahr innehatte, ablöste. Im Zuge seines Aufstiegs in die nationale Politik begannen Paroubeks Kritiker seine Vergangenheit näher zu durchleuchten und bald schon kamen Gerüchte über eine bewusste Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Staatssicherheit StB auf, die aber schließlich widerlegt werden konnten.

Gerade bei älteren Wählern und Rentnern überaus beliebt, polarisiert Paroubek die Jüngeren. Im Rahmen des Sturzes der Regierung während der Ratspräsidentschaft, kritisierten viele Beobachter, dass die eigentlich pro-europäisch aufgestellte ČSSD dem politischen Kurs der euroskeptischen Teile der ODS und vor allem der Position des Staatspräsidenten Klaus Schützenhilfe leistete, indem sie durch den Sturz der Regierung indirekt auch einer verzögerten Ratifikation der Lissabonner Vertrags Vorschub leistete. Gerade junge Akademiker machten ihrem Unmut über Paroubek während des Europawahlkampfes auf drastische Weise Luft. Zunächst wurde nur Paroubek, schließlich aber auch die gesamte Führungsspitze der ČSSD bei öffentlichen Auftritten im Vorfeld der Europawahlen 2009 heftig mit Eiern beworfen. Im Internet organisierten sich die Paroubek-Gegner in einer Kampagne „Eier für Paroubek“.

Während des Verlaufs der derzeitigen Übergangsregierung zeigte sich Paroubek weitgehend pragmatisch. Sein offener Umgang mit den Medien und die umfangreich gewährten Einblicke in sein Privatleben können als Teil einer jüngsten Imagekampagne bewertet werden. So lud er die Medien beispielsweise zur Taufe seiner Tochter ein und versuchte sich als Familienmensch zu profilieren. Die jüngsten Umfragewerte zeigen jedoch, dass Paroubek sein Image nicht verbessern konnte. Nach

Angaben des CVVM erreichten seine Werte mit einem Vertrauensspruch von gerade einmal 25 Prozent einen bisherigen Tiefststand seit Januar 2005.

4.2.2 Das Wahlprogramm

Das Wahlprogramm der ČSSD wurde Mitte März unter dem Titel „Programm der Veränderung und der Hoffnung“ veröffentlicht. Es beinhaltet fünf Hauptziele, zu deren Erreichung sich die Partei selbst „verpflichtet“ hat.

1. Besserer Zugang zu gesundheitlicher Behandlung und Verbesserung der Qualität entsprechender Leistungen.
2. Bekämpfung der Korruption.
3. Förderung privater und staatlicher Investitionen sowie die effektive Ausschöpfung der europäischen Strukturfonds.
4. Aus den Gewinnen des halbstaatlichen Energieunternehmens ČEZ sollen die Rentner eine Auszahlung von 2.400 Kč erhalten und der Mutterschaftsurlaub finanziert werden.
5. Durch entsprechende Sparmaßnahmen und eine gerechtere Steuerlastenverteilung soll die jährliche Neuverschuldung bis 2013 auf 3 Prozent des BIP halbiert werden.

In weiteren Zielen wird aufgeführt, welche „Experimente“ der ODS und TOP 09 verhindert werden sollen.

	POSITIONEN IM WAHLPROGRAMM
Innenpolitik	Korruptionsbekämpfung ist ein Schwerpunkt im Wahlprogramm der ČSSD. Um Bestechung und Korruption entgegen zu wirken, soll die Transparenz der Staatstätigkeiten erhöht werden. So sollen beispielsweise öffentliche Ausschreibungen im Internet veröffentlicht werden. Außerdem sollen alle Materialbeschaffungen und in Anspruch genommenen Dienstleistungen der Verwaltung ebenfalls im Internet veröffentlicht werden. Die Lobbyarbeit soll gesetzlich reguliert werden. Bei der Einwanderungspolitik soll eine national einheitliche Vorgehensweise eingeführt werden. Hierfür sollen die betreffenden Ministerien ihre Arbeit stärker koordinieren. Abgesehen von „vorrangig universitär gebildeten Experten“ will die ČSSD weitestgehend nur Migranten aus slawischen Staaten aufnehmen. Eine Koordinierung in dieser Frage innerhalb der EU wird gefordert. Für den Kampf gegen den Extremismus soll die polizeiliche Arbeit stärker koordiniert werden und den Kommunen für ihre Arbeit ein kostenloser Zugang zu Informationsdiensten bereit gestellt werden. Um das Vertrauen der Bürger in demokratische und rechtsstaatliche Strukturen zu stärken, sollen der Polizei, der Staatsanwaltschaft sowie den Gerichten mehr „Kapazitäten und Autorität“ zugewiesen werden. Direktdemokratische Verfahren sollen ausgebaut werden.

**Außen-,
Verteidigungs- und
Europapolitik**

Die weitere **Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses** durch den Vertrag von Lissabon wird ausdrücklich positiv bewertet. Die Europäische Union sollte sich als eigenständiger globaler Akteur etablieren und möglichst geschlossen den Herausforderungen der internationalen Sicherheitspolitik entgegenreten.

In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die NATO ein wichtiger Partner für die EU. Für den militärischen Einsatz in Afghanistan wird ein schrittweiser Rückzug im Einklang mit den Zielen der NATO gefordert.

**Wirtschafts-,
Finanz-, Steuer-
und
Infrastrukturpolitik**

Durch **Investitionen in private und staatlichen Projekte** sollen in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Umweltschutz neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Durch eine „**Stimulierung des Wirtschaftswachstums**“ soll die Kaufkraft erhöht werden. Die Erhöhung von Steuern auf Waren und Dienstleistungen des täglichen Gebrauchs soll verboten werden. Das Mindesteinkommen soll durch die Förderung „würdevoller Gehälter für gute Arbeit“ um jährlich mindestens 500 Kč erhöht werden.

Gelder der EU sollen gezielt und effektiv zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen eingesetzt werden.

Das lineare Steuersystem soll durch ein progressives Steuersystem ersetzt werden. Steuerhinterziehung soll bekämpft werden und innerhalb der EU soll sich für ein Verbot von „Steuerparadiesen“ eingesetzt werden.

**Sozial- und
Gesundheitspolitik**

Das **Krankengeld** sollte im Krankheitsfall bereits ab dem ersten Tag bezahlt werden (statt wie bisher erst ab dem vierten Tag). Arzt- und Apothekengebühren sollen abgeschafft werden. Die Kosten des Gesundheitssystems sollen transparenter gestaltet werden. Eine **einheitliche gesetzliche Krankenkasse** soll aufgebaut werden und die „Lobbyarbeit“ von Pharmazieunternehmen soll verboten werden. Mit Investitionen in die Modernisierung des Gesundheitswesens sollen bis zu 12.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das Mutterschaftsgeld soll nicht reduziert werden.

Für Eltern, die nicht für die rechtlich festgeschriebenen Unterhaltskosten für ihre Kinder aufkommen können, soll ein „Institut für den Ersatz von Unterhaltskosten“ diese Kosten übernehmen.

Rentner und Pensionäre sollen neben einer jährlichen Einmalzahlung von 2.400 Kč ein dreizehntes Rentengehalt ausgezahlt werden. Diese zusätzliche Aufwendung soll bei alleinstehenden Senioren das 1,2 - fache des Unterhaltsminimums betragen.

Bei risikoreichen Berufen wird ein früheres Renteneintrittsalter gefordert.

Der **Zugang zu Bildung** soll für alle Bürger des Landes verbessert werden. Die Regionen sollen beim Ausbau von Kindergärten und Kinderkrippen unterstützt werden. Für die Chancengleichheit in der Bildung soll ein verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder eingeführt werden.

Die Hochschulen sollen langfristig nur noch vom Staat finanziert werden. Studiengebühren sollen dann wegfallen.

Erneuerbare Energien sollten vermehrt genutzt werden. Dennoch sollten die Kernkraftwerke weiter ausgebaut und modernisiert werden. In der Frage der Versorgungssicherheit mit Gas weist das Wahlprogramm auf einen „vernünftigen Wiederaufbau“ von Elektrizitätswerken (die mit alternativen Primärenergieträgern betrieben werden) hin.

Quelle: <http://www.cssd.cz/volby/volebni-program/?o=maly>, <http://www.cssd.cz/volby/volebni-program> (16.03.2010)

4.3 KSČM – Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens



KSČM - Komunistická strana Čech a Moravy
Politische Richtung: sozialistisch, links
Mitglieder: ca. 65.000 (Stand: Dezember 2009)
Vorsitzender: Vojtěch Filip

<http://www.kscm.cz>

Die KSČM ist die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) und wurde auf dem konstituierenden Parteikongress am 31. März 1990 gegründet. Seit ihrer Neugründung sind auch die zwei Kirschen Teil des Parteilogos. Dieses Symbol geht auf das Lied *Le Temps des Cerises* des französischen Chansonniers Jean Baptiste Clément zurück. In den Staaten Zentraleuropas, die früher der kommunistischen Einflussosphäre der Sowjetunion angehörten, stellt die KSČM einen Sonderfall dar. Sie ist eine der wenigen großen kommunistischen Nachfolgeparteien in Europa, die sich im Zuge der Systemtransformation nicht in eine sozialdemokratische Partei verwandelte oder von einer solchen absorbiert wurde, wie es in einigen anderen Staaten der Region der Fall gewesen ist. Des Weiteren trägt sie immer noch das Wort „kommunistisch“ in ihrem Namen. Auch in anderer Hinsicht sind die Kommunisten ein Sonderfall. Selbst zwanzig Jahre nach dem Ende der kommunistischen Epoche in Europa stellt die KSČM mit heute etwa 65.000 Mitgliedern die Partei mit der bei weitem größten Anhängerschaft in Tschechien dar. Allerdings sinken die Zahlen jedes Jahr um 6 bis 7 Prozent, das Durchschnittsalter der Mitglieder lag 2008 bei etwa 70 Jahren. Insgesamt waren 2008 nur knapp 8 Prozent der Mitglieder nach 1990 in die Partei eingetreten. So wird deutlich, dass die Kommunisten ihre Mitglieder vorwiegend in der Vergangenheit angeworben haben und sich die Zahl aus biologischen Gründen stetig verringert.

Für die Demokratie in Tschechien stellen die Kommunisten laut Experten keine Gefahr dar, wohl aber erschweren sie regelmäßig die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit. So wurde die KSČM in den letzten zwanzig Jahren auf nationaler Ebene politisch isoliert und an keiner Regierungskoalition beteiligt. Für ihre Rolle als Oppositionspartei erhielt sie jedoch stets einen beträchtlichen Stimmenanteil in den Wahlen, der ihr als politische Existenzberechtigung dient.

Sowohl programmatisch als auch in ihrer personellen Zusammensetzung unterscheidet sich die KSČM in einigen wesentlichen Punkten von ihrer Vorgängerin. Nach eigener Aussage bemüht sich die Partei „um den Status einer modernen und aktiven linken Partei“. Nach der politischen Wende der Samtenen Revolution wurden die stalinistisch orientierten Parteikader aus dem Führungszirkel der Partei entfernt und durch moderate Parteigenossen ersetzt. Auch das Programm der Partei genügt offensichtlich den Anforderungen eines modernen demokratischen Rechtsstaats, auch wenn sozialistische Elemente enthalten sind. Doch hinter den Kulissen treffen zwei politische Strömungen aufeinander, die einen ideologischen Kampf austragen. Auf der einen Seite die Pragmatiker, welche die Mehrheit stellen, auf der anderen Seite die Dogmatiker, die eine Rückkehr zum alten System befürworten. Für die Parteiführung ist es nicht einfach, diese zwei Strömungen zusammenzubringen und ein Programm zu verabschieden, welches beiden Seiten Rechnung trägt. Dennoch kann für die letzten zwanzig Jahre eindeutig ein Prozess der Pragmatisierung festgestellt werden. Besonders auffällig wird dies in Bezug auf die eigene Position zur Europapolitik. Obwohl die Europäische Union im Parteiprogramm als „kapitalistische Institution“ charakterisiert wird, von der sich die Partei gerne distanzieren möchte, werden die Möglichkeiten und Chancen, welche die Union ihren Mitgliedern bietet, weitgehend akzeptiert und auch genutzt. Letzteres gilt vor allem für die Regional- und Kreisverbände der KSČM. So lässt sich beispielsweise auf lokaler Ebene eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der kommunalen Vertreter der Kommunisten mit deutschen oder polnischen Gemeinden beobachten, was ein klares Indiz für die Uneinheitlichkeit der ideologischen geprägten euroskeptischen Haltung innerhalb der Partei liefert. Gleichzeitig ist die unterschiedliche Wahrnehmung der europäischen Integration einer der Konfliktpunkte, der zunehmend eine Belastung für die innerparteiliche Stabilität darstellt.

Die Regierungsbeteiligung der Kommunisten auf kommunaler Ebene brachte zudem eine weitere Schwierigkeit mit sich. Zum einen müssen sich die lokalen Politiker pragmatischer mit den eigenen Zielsetzungen auseinandersetzen, als dies die nationale Führung in ihrer Oppositionsrolle tun muss. Zum anderen zeigt sich, dass die Kommunisten auch nur gewöhnliche Politiker aufstellen, die sich in ihrer Problemlösungskompetenz nicht von ihren politischen Gegnern unterscheiden. Das von der Partei selbst propagierte Bild einer wirklichen „Alternative“ zu den anderen Parteien geht somit in der Praxis verloren.

Die KSČM erreichte bei allen bisherigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus mehr als 10 Prozent der Stimmen, wobei sie 2002 mit 18,5 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis hatte. So wird deutlich, dass die Partei – auch wenn von den anderen Parteien im Parlament isoliert – ein wichtiger politischer Akteur im politischen Systems Tschechiens ist. Auf regionaler Ebene hat sich die Partei längst als regierungsfähige Kraft etablieren können und ist in einigen Räten der Regionen (*Rady krajů*), also den Exekutivorganen, mit Abgeordneten vertreten.

Eine (zumindest passive) Regierungskoalition mit der ČSSD nach den Wahlen ist nicht völlig auszuschließen. Käme es zu einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten würde die Mehrheit der Tschechen dieses Szenario vermutlich akzeptieren, aber die Gesellschaft würde sich stark polarisieren.

4.3.1 Vojtěch Filip



Geburtstag: 13. Januar 1955

Geburtsort: Jedovary

Mitglied in der KSČM seit: 1990

(seit 1983 Mitglied der Kommunistischen Partei KSČ)

Position: Parteivorsitzender (seit 2005)

Wichtige politische Positionen bisher: Vizepräsident des Abgeordneten-
hauses

<http://www.klub-kscm.cz/article.asp?thema=2967&item=24383>

Personenprofil auf der Homepage der KSČM (tschechisch)

Der studierte Rechtswissenschaftler Vojtěch Filip begann seine politische Laufbahn, als er 1983 in die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei eintrat. Seit 1990 ist er Mitglied der Nachfolgepartei KSČM, deren Vorsitz er auch seit 2005 führt. Er vertritt eine orthodoxe kommunistische Linie, stellt die programmatischen Unterschiede zur Parteivorgängerin aber gerne heraus. Er betrachtet die KSČM als moderne Partei des 21. Jahrhunderts und verurteilt deutlich „die Deformation des Stalinismus“ vor 1989. Trotzdem lehnt er Kritik am kommunistischen Regime im Allgemeinen ab.

Filip ist im Vergleich zu anderen Spitzenpolitikern des Landes abseits von Politikinhalten wenig durch persönliche Skandale oder unlauteres Verhalten aufgefallen. Im Jahre 2003 deckten zwei Journalisten der Tageszeitung *Mladá fronta Dnes* jedoch auf, dass er seit 1986 unter dem Decknamen „Falmer“ mit der Staatsicherheit zusammengearbeitet hatte.

Bis zum Sturz des kommunistischen Regimes drei Jahre später soll er unter anderem regelmäßig auf seinen Dienstreisen im Ausland Berichte für den StB verfasst haben, für die er ein Honorar erhielt. Bereits Anfang der neunziger Jahre stellte allerdings ein Gericht in České Budějovice fest, dass Filip nie bewusst mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet hat.

2006 gab es jedoch eine Neubewertung der Fakten durch dasselbe Gericht und das Ergebnis wurde neuen Erkenntnissen angepasst. Demnach arbeitete er doch bewusst mit dem Nachrichtendienst zusammen, wusste jedoch nicht, dass die Organisation, dessen Verpflichtung er unterschrieben hatte, organisatorisch dem StB angehörte. Der Fall erregte öffentliches Aufsehen, weil Filip, seit 2002 stellvertretender Präsident des Abgeordnetenhauses, als einziger Abgeordneter eine Aufführung in den Mitarbeiterverzeichnissen des StB hatte. Konsequenzen hatte dieser Fall für ihn jedoch keine.

Auf der politischen Bühne sorgte Filip durch seine Äußerungen häufiger für Aufsehen. Besonders sein Vergleich des damaligen US-Präsidenten George W. Bush mit Adolf Hitler und die Bezeichnung der NATO als Verbrecherorganisation machten den Kommunisten in den Medien Europas bekannt. Auch seine Äußerungen zu den getöteten Flüchtlingen an der tschechoslowakischen Grenze sorgten für Aufsehen. In den Jahren von 1948 bis 1989 wurden 288 zumeist tschechoslowakische Staatsbürger bei dem Versuch in den Westen zu fliehen von Grenzsoldaten erschossen. Filip verteidigt das Handeln dieser Soldaten noch heute.

Experten sind der Auffassung, dass der kommunistische Spitzenkandidat eine starke Opposition seiner Partei im Parlament anstrebt und keine weitergehenden politischen Ambitionen hegt. Mit seinem Posten als Parteivorsitzender und Vizepräsident des Abgeordnetenhauses habe er demnach die beste Ausgangsposition für seine eigenen Fähigkeiten und die seiner Partei erreicht. Hier könne er seine Managementfähigkeiten für das politische Alltagsgeschäft am Besten unter Beweis stellen und die Standpunkte der Kommunisten am Besten vertreten.

Nachdem er 2005 den Parteivorsitz von seinem langjährigen Vorgänger Miroslav Grebeníček übernommen hatte, führte er die KSČM in eine neue, im Wesentlichen durch Pragmatismus geprägte Richtung. Seine „Ideale“ hat er dabei nie verraten, doch ist Filip sich darüber bewusst, dass Veränderung nur durch Kompromiss erreicht werden kann.

Die kommende Wahl wird von vielen Beobachtern als letzte Chance für ihn und seine Partei betrachtet, sich noch einmal einflussreich im Parlament zu platzieren. Sollte er die KSČM nicht zu einem guten Wahlergebnis führen können, wird spekuliert, dass er als Parteivorsitzender zurücktreten wird.

4.3.2 Das Wahlprogramm

Das Wahlprogramm der KSČM soll insbesondere als Reaktion auf die Reformen der ODS-geführten Koalitionsregierung unter Mirek Topolánek sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise betrachtet werden.

	POSITIONEN IM WAHLPROGRAMM
Innenpolitik	Im Rahmen einer Polizeireform sollte die Arbeit der Polizei professionalisiert und Korruption bekämpft werden. Die Gesamtzahl der Polizeikräfte müsse erhöht, ihre „Bürgernähe“ gefördert und die Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Polizeizentralen verstärkt werden. Um Diskriminierung zu bekämpfen, müssten die wichtigsten Vereinbarungen und Richtlinien der Vereinten Nationen und der EU ratifiziert und ihre aktive Umsetzung gefördert werden.
Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik	Das internationale Recht sollte die Grundlage für alle zwischenstaatlichen Beziehungen bilden. Die EU sollte sich gegenüber den USA emanzipieren und einen Gegenpol zu ihrer „imperialistischen Politik“ darstellen. Die Ausgaben für den Agrarsektor im Budget der EU sollten erhöht werden. Alle tschechischen Truppen auf ausländischem Territorium sollten umgehend abgezogen werden. Den Vereinigten Staaten sollte es untersagt werden, militärische Stützpunkte auf tschechischem Hoheitsgebiet zu unterhalten oder Truppen dort zu stationieren. In der Wirtschaftspolitik sollte sich Tschechien international als unabhängiger Akteur positionieren und sich bewusst von den anderen Mitgliedsstaaten der EU abgrenzen.
Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Infrastrukturpolitik	Das erste Kapitel des Wahlprogramms trägt den Titel „Arbeit für alle zu gerechten Löhnen“. Vor allem im öffentlichen Dienstleistungssektor könnten „Tausende von Arbeitsplätzen“ entstehen. Eine Vollbeschäftigung der Bevölkerung wird so angestrebt. Um dieses Ziel zu finanzieren, müssten unter anderem die Gehälter von Managern in staatlichen Unternehmen gekürzt werden. Bei der Führung öffentlicher Unternehmen müsse der Staat einen größeren Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen können. Die Mehrwertsteuer sollte auf 5 Prozent und die ermäßigte Mehrwertsteuer müsse auf 0 Prozent gesenkt werden. Die Erbschaftssteuer sollte erhöht werden. Bei Übereignungen sollte der steuerfreie Grenzbetrag auf 4 Millionen Kč gesenkt und dann mit 30 Prozent besteuert werden. Um dem „Zwang zur Verschlechterung der Qualität ihrer Produkte“ entgegen zu wirken, müssen private mittelständische Unternehmen

vor ausländischen Großkonzernen geschützt werden.

Die Auszahlungsdauer der Arbeitslosengelds (*podpora*) sollte verlängert werden. Ferner wird ein **Mindesteinkommen** von 14.000 Kč (etwa 551 Euro) gefordert. Die Renten sollten schrittweise auf einen monatlichen Mindestbetrag von 10.000 Kč erhöht werden, wobei sich zusätzliche Zahlungen nach den Bedürfnissen der jeweiligen Leistungsempfänger richten sollten.

Der Wohnraumknappheit und den damit einhergehenden hohen Mietpreisen sollte durch den Neubau von mindestens 10.000 Wohnungen entgegengewirkt werden. Dieses Vorhaben sollte auf dem non-profit Prinzip basieren und nicht gewinnorientiert sein.

**Kultur-, Bildungs-,
Umwelt- und
Energiepolitik**

Investitionen in Wissenschaft und Forschung seien ein Mittel, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen.

In der Umweltpolitik will sich die KSCM für eine Verringerung der Abfallmenge, den Ausbau des Recyclings, die Einführung einer umfangreichen Mülltrennung sowie ein Verbot von ausländischen Müllimporten einsetzen.

In der Frage der Nutzung der Kernkraft wird eine mittelfristige Aufrechterhaltung einer „sicheren Nutzung“ gefordert. Langfristig sollte die Kernenergie jedoch durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden.

Quelle: <http://www.kscm.cz/index.asp?thema=4393&category=> (16.03.2010)

4.4 KDU-ČSL – Die Christdemokraten



Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová
Politische Richtung: christdemokratisch, konservativ, Mitte-
Rechts

Mitglieder: 36.290 (Stand: 08.02.2010)

Vorsitzender: Cyril Svoboda

<http://www.kdu.cz>

Nach den Sozialdemokraten hat die KDU-ČSL die ältesten politischen Wurzeln. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen sich die Katholiken in Böhmen und Mähren in politischen Interessenvertretungen zu organisieren. Obwohl sich die christlichen Parteien vor dem ersten Weltkrieg nicht in ihrer loyalen Haltung gegenüber der Monarchie von den anderen großen Parteien der damaligen Zeit unterschieden, wandte sich die Wut der tschechischen Gesellschaft nach der Auflösung Österreich-Ungarns aber vor allem gegen sie. Insbesondere die Sozialisten, welche in der revolutionären Nachkriegssituation eine Chance sahen ihre Gegner zu schwächen, griffen die Katholiken gezielt an. Diese Phase der tschechischen Vergangenheit wird von einigen Historikern heute als Kulturkampf bezeichnet. Anfang Januar 1919 konstituierte sich in Prag die Tschechoslowakische Volkspartei (*Československá strana lidová*, kurz: ČSL) unter ihrem ersten Vorsitzenden Jan Šrámek.

Dieser befürwortete die Übertragung staatlicher Macht in die Hände der tschechischen Bevölkerung und drängte darauf, einen unabhängigen Staat zu etablieren, in dem die ČSL die Gläubigen aktiv in der Politik vertreten sollte. Von 1921 bis 1939 war die ČSL dann durchgängig an den Koalitionsregierungen

der ersten tschechoslowakischen Republik beteiligt. Während des zweiten Weltkriegs war Jan Šrámek für die ČSL in der Exilregierung in London und führte dort den Vorsitz unter Präsident Edvard Beneš. Nach dem Ende des Krieges war die Partei an der Regierung der nationalen Einheit unter dem kommunistischen Ministerpräsidenten Klement Gottwald beteiligt. Allerdings zeichnete sich mit einem deutlichen Wahlsieg der KSČ von etwa 40 Prozent langsam die politische Richtung der Zukunft ab. Nachdem die Kommunisten 1948 die Macht in der Tschechoslowakei übernommen hatte, wurden einige Anhänger der ČSL verhaftet, die Partei jedoch nicht verboten.

Einige ehemalige Abgeordnete der ČSL gründeten im Exil eine freie christlich-demokratische Partei, die in der Tschechoslowakei antikommunistische Schriften förderte und das Geschehen im Land kritisch beobachtete. Innerhalb der Tschechoslowakei bestand die Volkspartei zwar weiter fort, konnte aber keinen Einfluss mehr auf die Politik des Landes nehmen. Nach der Samtenen Revolution konnte die Volkspartei wieder ihr eigenes politisches Programm verfolgen. In der Wendezeit bekam sie jedoch Konkurrenz von einer neuen Gruppierung, die sich KDS (*Křesťansko-demokratická strana*) nannte. Die KDS war das Ergebnis eines Zusammenschluss von katholischen Intellektuellen und Dissidenten, die eine moderne christliche Partei etablieren wollten, die sich vom Erbe ihrer, durch den Kommunismus instrumentalisierten Vergangenheit lösen wollte. Die ČSL und die KDS verfolgten inhaltlich völlig unterschiedliche Ziele und ihr einziges Verbindungselement war der christliche Glaube als Fundament ihrer Politikgestaltung. Dennoch traten die beiden Parteien gemeinsam bei den ersten freien Wahlen zum Nationalrat der Tschechoslowakei im Jahre 1990 in einer Wahlkoalition unter dem Namen KDU (*Křesťanská a demokratická unie*) an. Später orientierte sich die KDS dann jedoch am Bürgerforum und seinem späteren Nachfolger der ODS. Im März 1992 inkorporierte die ČSL den Namen der einstigen Wahlkoalition in ihren eigenen Namen und bezeichnet sich seitdem als KDU-ČSL.

Die Christdemokraten haben bei den letzten vier Parlamentswahlen immer Wahlergebnisse zwischen sieben und neun Prozent erreicht und hatten dabei eine relativ stabile Wählerbasis in den katholischen Regionen Mährens. Dort kann sie in der Regel auf dem Land mehr Menschen ansprechen als in den Städten. Neben den Schwierigkeiten mit denen eine christliche Partei in einem vorwiegend atheistischen Land wie Tschechien zu kämpfen hat, kommt hinzu, dass die KDU-ČSL eine programmatische Linie verfolgt, die sich nicht eindeutig einem linken oder rechten Lager zuordnen lassen kann und daher für viele Menschen als zu vage erscheint. Das hat jedoch zur Folge, dass sie ein sehr flexibler Koalitionspartner ist, der sowohl für die ODS als auch für die ČSSD grundsätzlich für die Bildung einer Regierungsmehrheit in Frage kommt. Tatsächlich ist die KDU-ČSL in der Vergangenheit an fünf von sechs regulären Regierungen seit 1993 beteiligt gewesen – drei Mal in einer Koalition mit der ODS und ein Mal mit der ČSSD. Das Potential, sich sowohl auf eine Mitte-Links als auch eine Mitte-Rechts Regierungskoalition einlassen zu können, spiegelt allerdings auch die innere Fragmentierung der Partei wieder und wird von großen Teilen der Öffentlichkeit als „Wendehalsmentalität“ interpretiert.

Programmatisch steht die KDU-ČSL für ein traditionell konservatives Politikbild. Sie setzt sich für die Förderung der Familien, die Stärkung christlicher Werte in der Politik und die Entwicklung des ländlichen Raumes ein. Ansonsten ist ihr Parteiprogramm äußerst flexibel und definiert sich vorwiegend auf externem Wege durch gegenwärtige Koalitionspartner. Die schlechten Umfragewerte der letzten Monate könnten bei der kommenden Wahl jedoch dazu führen, dass die KDU-ČSL nur ganz knapp die Fünf-Prozent-Hürde nimmt und so mit weniger Mandaten im Parlament vertreten sein wird. Zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte besteht aber auch die Möglichkeit, dass sie den Sprung ins Abgeordnetenhaus knapp verfehlen könnte. Zusätzlicher Druck auf die Christdemokraten entstand im Rahmen der Gründung von TOP 09 als neue Kraft im Mitte-Rechts Sektor (siehe Beitrag unten).

4.4.1 Cyril Svoboda



Geburtstag: 24. November 1956

Geburtsort: Prag

Mitglied in der KDU-ČSL seit: 1995

Position: Partei- und Fraktionsvorsitzender (seit 2009)

Wichtige politische Positionen bisher: Innenminister (1998)

<http://www.cyrilsvoboda.cz>

Offizielle Internetseite des Politikers (tschechisch)

Seine politische Karriere begann der promovierte Jurist Svoboda 1990 als Berater des stellvertretenden Premierminister im Bereich Menschenrechte, Restitution und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Seit 1995 ist er Mitglied der KDU-ČSL und besetzte für die Christdemokraten immer wieder wichtige Positionen. Seit 1998 ist er auch für sie im Parlament vertreten. Auf dem Parteikongress im Mai 2001 sprach sich Svoboda in der Wirtschaftspolitik für eine stärkere Beachtung von sozialen Aspekten aus und schlug vor, sich stärker an den Sozialdemokraten zu orientieren. Diese Position fand damals einen großen Zuspruch in seiner Partei und er wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Tatsächlich fand sich seine Partei nur ein Jahr später in einer Koalitionsregierung mit der ČSSD wieder und Svoboda wurde stellvertretender Außenminister unter Vladimír Špidla. In dieser Funktion war er auch für die, von seinen Kritikern als „naive“ Propaganda verspottete Werbung für den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union verantwortlich. Vor dem landesweiten Referendum im Juni 2003 startete unter seinem Verantwortungsbereich eine Informationskampagne, dessen Logo ein schlichtes *ano* (Ja) war. Seine eindeutige Befürwortung der Einbindung Tschechiens in den europäischen Integrationsprozess gilt auch heute, etwa sechs Jahre später, immer noch. Damals wurde ihm von den Eurokritikern eine einseitige Informationsdarstellung vorgeworfen und auch heute wird seine europafreundliche Einstellung selbst von einigen Parteikollegen angemaht.

Obwohl sich Svoboda Anfang des Jahrzehnts für eine Koalition mit den Sozialdemokraten aussprach, legte er sich keinesfalls alternativlos auf sie fest. Er profilierte sich in den folgenden Jahren als Vertreter einer moderaten Politiklinie und unter seiner Führung war und ist die KDU-ČSL fähig sowohl mit der ČSSD also auch mit der ODS Politik zu gestalten. Allerdings stieß dieser Kurs auch immer auf Widerstände. Im November 2003, nur zwei Jahre nach der Übernahme des Parteivorsitzes, verlor er ihn bei einem Parteikongress in Ostrava an Miroslav Kalousek, der dem rechten Parteiflügel zugeordnet wurde. Bislang galt bei den Christdemokraten das Prinzip „never come back“, doch Svoboda schaffte es, den Parteivorsitz nach dem Sturz der Regierung erneut zu übernehmen. Ob er jedoch auf lange Sicht parteiintern Erfolg haben kann, ist weiterhin ungewiss. Die Spannungen zwischen den linken und den rechten Parteiflügeln könnten zu einer Zerreißprobe für Svoboda werden.

Sein Erfolg als Parteivorsitzender wird sicher auch am Ausgang der Wahlen gemessen werden. Wenn die Christdemokraten den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Partei Teil einer Regierungskoalition werden könnte und Svoboda erneut ein Ministeramt übernehmen wird. Sollte die KDU-ČSL den Einzug ins Parlament jedoch verpassen, so wird es für Svoboda schwierig, den Parteivorsitz zu halten, denn dann wäre er der erste Vorsitzende, dem es nicht gelungen ist, für seine Partei Mandate im Abgeordnetenhaus zu gewinnen.

4.4.2 Das Wahlprogramm

Das aktuelle Wahlprogramm der Christdemokraten trägt den Titel „Das Bessere in uns“ und ist zu den angesetzten Neuwahlen im Herbst vergangenen Jahres erschienen. Die drei Schlagworte des Programms sind „Zusammenhaltende Gesellschaft des Vertrauens“, „Gesellschaft der Gerechtigkeit und der Sicherheit“ und „Zukunftsoffene Gesellschaft“.

	POSITIONEN IM WAHLPROGRAMM
Innenpolitik	Das Krisen- und Katastrophenmanagement im Inland soll unter anderem durch die stärkere Einbindung kirchlicher Freiwilligendienste verbessert werden. Ziel ist ein „Leben in Sicherheit“ für die Bürger des Landes. In der Asyl- und Einwanderungspolitik wird die Position vertreten, dass jeder Mensch das Recht dazu habe, in der Tschechischen Republik zu leben, sofern er gewillt ist, sich den Gesetzen zu unterwerfen und der Kultur des Landes anzupassen. Das „europäische religiöse und kulturelle“ Erbe dürfe durch Einwanderung nicht bedroht werden. In der Frage einer möglichen Islamisierung Tschechiens soll verstärkt auf einen gesellschaftlichen Diskurs gesetzt werden. Im Hinblick auf die Drogenpolitik wird eine „ernsthafte Evaluation“ derzeitiger rechtlicher Bestimmungen und staatlich geförderter Präventionsprogramme gefordert. Das Internet sollte stärker überwacht werden. Eine Sondereinheit der Polizei sollte mit der Aufgabe betraut werden, gegen Kriminalität im Netz vorzugehen. Die Schwerpunkte sollten auf der Bekämpfung der Verbreitung von Kinderpornographie und des internationalen Terrorismus sowie dem Schutz gegen Missbrauch persönlicher Daten liegen. Die Korruption muss bekämpft werden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge muss transparenter gestaltet werden. Die Eigentumsverhältnisse beauftragter Firmen müssen offengelegt werden.
Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik	Die Mitgliedschaft Tschechiens in der EU wird positiv bewertet. In den Bereichen Wirtschafts-, Asyl- und Einwanderungspolitik wird eine (noch) engere Kooperation angestrebt. Die NATO Mitgliedschaft Tschechiens wird als notwendig betrachtet. In der Frage der Erweiterung der EU spricht sich die KDU-ČSL gegen einen Beitritt der Türkei aus. Sie begrüßt jedoch eine weitere Annäherung im Rahmen einer privilegierten Partnerschaft.
Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Infrastrukturpolitik	Die Christdemokraten vertreten eine liberale Wirtschaftspolitik. Der Steigerung des Wohlstands soll jedoch auf einem „verantwortungsbewussten und gerechten Weg“ erreicht werden. Die Hauptziele der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind eine langfristige Stabilität der öffentlichen Finanzen, ein gerechteres Steuersystem, gute Bedingungen für Unternehmen, die Einführung des Euro und die Verbesserung des Verbraucherschutzes. Familien sollten steuerlich entlastet werden. Die bisherigen Steuervergünstigungen sollen für jedes weitere Kind in einer Familie

Sozial- und Gesundheitspolitik

schrittweise angehoben werden.

Die Regionalentwicklung soll mit Geldern aus den europäischen Strukturfonds besser gefördert werden.

Die **Schaffung von Wohnraum** muss staatlich gefördert werden, weil der Markt das Problem der Wohnraumknappheit nicht selbst lösen kann. Die Finanzierung für dieses Vorhaben soll weitgehend durch den staatlichen Fond für Regionalentwicklung sichergestellt werden.

Die Höhe und der Umfang der derzeitigen **Sozialleistungen** soll beibehalten werden. Die Maßnahmen zur Aufdeckung von Leistungsmissbrauch müssen verbessert werden.

Die **Familienpolitik** ist ein wichtiger Bestandteil des Wahlprogramms der KDU-ČSL. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sollen „Minikindergärten“ in Unternehmen eingerichtet werden. Der Mutterschutz soll ausgebaut werden und der Ausbau von Gemeindezentren soll zusätzlich zu einer Entlastung der Familien bei der Kinderbetreuung führen.

Das Adoptionsrecht sollte vereinfacht werden.

Um junge Familien zu fördern, sollten staatliche Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Ein Familienministerium sollte eingerichtet werden.

Dem demographischen Wandel sollte durch ein neues Rentensystem Rechnung getragen werden. Es wird eine teils staatliche teils private Altersvorsorge gefordert. Die Auszahlungshöhe der Rente sollte unter anderem von der Anzahl der Kinder abhängig gemacht werden.

Kultur-, Bildungs-, Umwelt- und Energiepolitik

Kultur wird als wichtiger Bestandteil bei der Herausbildung einer demokratischen Gesellschaft verstanden. Die Ausgaben für den Bereich **Kultur** sollten von derzeit 0,76 Prozent auf 1 Prozent des Haushalts erhöht werden.

Nationale Denkmäler sollten gezielter gefördert werden. So können die Investitionen gleichzeitig dem Tourismus zugutekommen. Zu diesem Zweck seien Mittel aus dem EU Haushalt besonders geeignet.

Die **Zusammenarbeit von Staat und Kirche** soll im kulturellen Bereich verstärkt werden.

Bildung ist das wichtigste Instrument, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Insbesondere das Schulwesen muss verbessert werden.

Durch eine gesetzliche Regulierung des Pädagogenberufs soll die Lehrqualität verbessert werden.

Schulabschlüsse sollten landesweit denselben Leistungs- und Qualitätsansprüchen genügen.

In der Umweltpolitik wollen sich die Christdemokraten für einen „**rationalen Kampf gegen den Klimawandel**“ einsetzen. Durch die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs soll die Luftverschmutzung in den Städten reduziert und die Straßen entlastet werden.

Kernkraft sei eine sichere und wirtschaftliche Form der Energieerzeugung. Sie ist verlässlicher als die Nutzung von Gas (wegen der Abhängigkeit von Russland) und zudem ist die CO² Bilanz besser als bei anderen Energierohstoffen. Die Kapazitäten sollten daher ausgebaut werden.

Alternative Energien sollten gefördert werden.

Quelle: http://www.kdu-csl.cz/Kdu/media/Kdu/Volby/KDU_program.pdf (17.03.2010)

4.5 SZ – Die Grünen



SZ - Strana zelených
Politische Richtung: Mitte
Mitglieder: 2.175 (Stand: 09.02.2010)
Vorsitzender: Ondřej Liška

<http://volby.zeleni.cz>

Die Partei der tschechischen Grünen wurde kurz nach der Samtenen Revolution im Jahre 1990 gegründet. Obwohl sie bei den ersten freien Parlamentswahlen im Juni desselben Jahres nicht in den Nationalrat einziehen konnten, gelang es der Partei, sich in den Kommunalwahlen in einigen Regionen durchzusetzen. Erst bei den zweiten Parlamentswahlen 1992 konnten sie in einer Wahlkoalition mit zwei anderen Parteien drei Sitze im Parlament gewinnen. Mitte der 1990er Jahre hatten die Grünen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und konnten aufgrund verwaltungstechnischer Fehler bei der Registrierung an den folgenden Wahlen 1996 nicht teilnehmen. Durch Reorganisation der Parteistrukturen und den Beitritt der „Grünen 50“, einer Gruppe von Intellektuellen, Journalisten und Aktivisten, im Herbst 2002 war die Partei auf nationaler Ebene schließlich wieder handlungsfähig. Im Juni 2004 stellten sich die Grünen zu den Wahlen des Europäischen Parlaments auf, erreichten aber nur 3,16 Prozent der Stimmen und konnten deshalb nicht in Straßburg einziehen. Ihr aussichtsreichster Kandidat, der Journalist Jaromír Štětina, konnte fünf Monate später bei den Wahlen zum Senat aber das erste grüne Senatsmandat erringen. Doch erst 2006 gelang es den Grünen in Tschechien eine bedeutendere politische Rolle einzunehmen.

Einen entscheidenden Beitrag zu dieser Entwicklung leistete der 2005 zum neuen Parteivorsitzenden gewählte Umweltingenieur Martin Bursík. Bereits einige Jahre zuvor konnte er sich als Umweltminister im Übergangskabinett unter Josef Tošovský beweisen. Bursík, der zu den Mitbegründern des Bürgerforums zählt, war in den vergangenen zwanzig Jahren stetig auf der Suche nach seiner politischen Heimat. Er war Mitglied bei den Freien Demokraten und den Christdemokraten, fand aber schließlich bei den Grünen, denen er im Sommer 2004 beigetreten war, die größte Übereinstimmung mit seinen politischen Ansichten. Innerhalb nur weniger Monate gelang es ihm, die Partei aus einem Umfragetief von weniger als drei Prozent zu befreien und auf zeitweise mehr als neun Prozent zu heben. Indem er versuchte die Grünen als politische Kraft der gesellschaftlichen Mitte neu zu positionieren, machte er die Partei für breitere Wählerschichten zu einer Wahloption. Doch genau wie in den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks hat grüne Politik auch in Tschechien einen schweren Stand. Die Sensibilität für ökologische Belange ist bislang noch wenig ausgeprägt und die diametrale Gegenüberstellung von

Wirtschaftswachstum und Umweltschutz ist ein gängiges Vorurteil. Unter der Führung von Bursík gelang der Partei bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006 dennoch ein Rekordergebnis von 6,3 Prozent der Stimmen und ermöglichte den Grünen erstmals den Einzug ins Parlament. Zusammen mit der ODS und der KDU-ČSL waren sie Mitglied der Regierungskoalition unter Ministerpräsident Mirek Topolánek.

Obwohl sie mit nur sechs Mandaten vertreten waren, gelang es Bursík in den Koalitionsverhandlungen insgesamt drei Minister im Kabinett zu platzieren. Er selbst übernahm die Verantwortung für das Umweltministerium, Dana Kuchtová übernahm das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und der parteiunabhängige Fürst Karel von Schwarzenberg stellte für die Grünen den Außenminister. Doch bereits nach neun Monaten erklärte Kuchtová ihren Rücktritt. Als Begründung nannte sie die fehlerhafte Verwendung von Fördergeldern der EU im tschechischen Schul- und Forschungswesen. Ersetzt wurde sie durch den damals erst 32-jährigen Ondřej Liška, der Ende 2009 auch Martin Bursík als Parteivorsitzenden ablöste. Dieser trat nach parteiinternen Querelen und dem schlechten Abschneiden seiner Partei bei den Europawahlen freiwillig zurück.

Zwei grüne Abgeordnete spielten auch beim Sturz der Regierung Topoláneks eine entscheidende Rolle. Im November 2008 traten Olga Zubová und Věra Jakubová – zumindest offiziell - nach Unstimmigkeiten über die grüne Position zu der von den USA geplanten Radaranlage auf tschechischem Boden aus der Partei aus. Die Presse spekulierte jedoch darüber, ob nicht persönliche Differenzen der wahre Grund für den Austritt gewesen seien. Dieser Vorgang demonstriert beispielhaft, wie stark individualistische Tendenzen in dieser, wie auch in den anderen Parteien Tschechiens ausgeprägt sind, selbst dann, wenn die eigene Regierung durch den Austritt die parlamentarische Mehrheit verliert. Bei dem von der ČSSD im März 2009 eingebrachten Misstrauensantrag gegen die Regierung stimmten die beiden Abgeordneten folglich auch konsequent gegen ihren einstigen Regierungschef und ehemaligen Parteikollegen.

Programmatisch treten die Grünen für einen ressourcenschonenden Umgang in der Wirtschaft ein und betrachten sich mittlerweile selbst als Teil der Mitte des politischen Spektrums. Ein Schwerpunkt in ihrem Wahlprogramm 2010 ist unter anderem auch der Kampf gegen Korruption und die Erhöhung der Investitionen in die Bildung. In ihrem Wahlkampf erhält die Partei Unterstützung von bekannten Personen des öffentlichen Lebens, zu denen auch der ehemalige Staatspräsident Václav Havel zählt.

Derzeit kämpft die Partei um den Einzug ins Abgeordnetenhaus. Mit Blick auf die Umfragewerte könnte das knapp werden. Wie es im Falle eines Nichteinzugs mit der Partei weitergehen würde, ist derzeit mehr als fraglich.

4.5.1 Ondřej Liška



Geburtstag: 14. Juli 1977

Geburtsort: Brunn

Mitglied bei den Grünen seit: 2002

Position: Parteivorsitzender

Wichtige politische Positionen bisher: Minister für Bildung, Jugend und Sport (2007 – 2009)

<http://www.ondrejliška.cz>

Offizielle Internetseite des Politikers (tschechisch)

Nicht nur aufgrund seines Alters von Anfang dreißig gehört Ondřej Liška einer neuen Generation des tschechischen Politikertyps an. Den Großteil seiner Schulbildung sowie sein gesamtes Studium der Politik- und Religionswissenschaften absolvierte er nach der Samtenen Revolution in einem demokratischen Rechtsstaat. Im Vergleich zum Werdegang anderer Parteivorsitzender ist dieser Lebenslauf bislang eher untypisch.

Aufgrund seiner Tätigkeit in der Nichtregierungsorganisation *Forum 2000* und Beratertätigkeiten bei der Vertretung der europäischen Grünen in Brüssel wird Liška von seiner Partei gern als das Aushängeschild einer international ausgerichteten und flexiblen Republik Tschechien dargestellt. So kam es nicht von ungefähr, dass er 2007 von den Grünen für ein Ministeramt in der Regierungskoalition unter Ministerpräsident Mirek Topolánek empfohlen wurde. Nach dem Rücktritt der grünen Ministerin Dana Kuchtová übernahm Liška dann Anfang Dezember 2007 das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Nach dem schlechten Abschneiden der Grünen bei den Europawahlen 2009 wurde er schließlich mit fast 70 Prozent der Stimmen des nationalen Parteikongresses zum neuen Parteivorsitzenden gewählt und löste den bis dahin sehr erfolgreichen Martin Bursík ab. Als junges, neues Gesicht auf der politischen Bühne Tschechiens schnitt Liška recht bald gut in den Umfragen der großen Meinungsforschungsinstitute ab.

In seiner neuen Funktion als Parteivorsitzender begann er früh, sich als ernstzunehmender Verhandlungspartner zu profilieren, als im Parlament die Diskussion um das „Antikrisenpaket“ der Regierung Fischer geführt wurde. Bestandteile dieses Wirtschaftskonzepts waren unter anderem der Ausbau des Kernkraftwerks Temelín, die Modernisierung des Kohlekraftwerks Pruněřov sowie der Bau von Staudämmen. Die Grünen wollten diese Maßnahmen unbedingt verhindern und nutzten „ihre“ beiden Minister in der Regierung Fischers für eine Blockade des Antikrisenpakets, als sie kurzzeitig mit dem Rücktritt der beiden drohten. Letztlich zeigten sie sich jedoch gesprächsbereit und stimmten einer Verhandlung über die strittigen Themen mit Ministerpräsident Fischer zu. In einem Vieraugengespräch mit Fischer konnte Liška dem Ministerpräsidenten die Zusage abringen, dass bei der Umsetzung der geplanten Projekte auch umweltrelevante Belange berücksichtigt würden. Ob dieses Vorgehen der Grünen als Positionsbestimmung im Vorfeld der Wahlen betrachtet werden kann, scheint fraglich. Sicher hingegen ist, dass die tschechischen Tageszeitungen Liškas Engagement in dieser Sache positiv bewertet haben und er sich einen Namen sowohl als ernstzunehmenden Umweltpolitiker als auch kompromissbereiter Pragmatiker machen konnte.

Für die kommende Wahl wird für Liška die Herausforderung darin bestehen, seine Partei nicht nur als durchsetzungsfähige Opposition gegenüber den Vorschlägen der anderen Parteien zu positionieren, sondern auch das Bild eines potentiellen Regierungspartners zu zeichnen, der fähig ist, reale Alternativen aufzuzeigen und dem Image eines „neuen Tschechiens“ gerecht zu werden. Nur so kann es den Grünen gelingen, erneut die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen und es Liška ermöglichen, sich als Parteivorsitzender langfristig zu etablieren. Bei den kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird er für ein Mandat in der Region Prag antreten.

4.5.2 Das Wahlprogramm

Das Wahlprogramm der Grünen wurde am 07.03.2010 veröffentlicht und trägt den Titel „Vierblättriges Themenblatt“ (*Čtyřlístek témat*). Das Programm enthält vier Oberziele, welche mit einigen Details näher ausgeführt werden. Diese Oberziele sind **Ende der Korruption**, **Grüne Wirtschaft**, Investition in eine **nachhaltige Wirtschaft** und **Gesunde Umwelt**. Das Hauptziel der Grünen ist es, das „Klima“ in der tschechischen Politik zu verändern. Nach eigenen Angaben wurde das Wahlprogramm zusammen mit non-profit Organisationen und ausgewählten Experten aus der Wirtschaft verfasst.

	POSITIONEN IM WAHLPROGRAMM
Innenpolitik	Die Grünen fordern ein Ende der um sich greifenden Korruption und die Ablösung dieses Fehlverhaltens durch eine neue „Höflichkeit in der Politik“. Um dieses Ziel zu verwirklichen, fordert die Partei eine Ausschreibung öffentlicher Aufträge im Internet sowie Transparenz in den Beziehungen zwischen privaten Auftragnehmern und öffentlichen Auftraggebern. Im Zuge der Korruptionsbekämpfung müsse die Immunität von

Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik	Abgeordneten begrenzt werden und ihre Rückvergütungen einer vollen Besteuerung unterliegen. Für den Finanzhaushalt der Parteien fordern die Grünen mehr Transparenz, insbesondere im Hinblick auf die Einnahmen und Ausgaben während der Wahlkampagnen.
Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Infrastrukturpolitik	Die Grünen befürworten das Vorantreiben der europäischen Integration und betrachten die NATO als wichtigen Partner der EU. Die Wirtschaftspolitik sollte im Zeichen einer „grünen Wirtschaft“ stehen. Innovationen beim Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Bekämpfung von Energieverschwendung sollten den umweltpolitischen Charakter der Wirtschaftsordnung prägen.
Sozial- und Gesundheitspolitik	Die wirtschaftliche Diskriminierung von Frauen in Tschechien soll bekämpft werden. Ein vielfältiges Angebot von Dienstleistungen soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu fördern, sollte ebenfalls ein Ausbau von Betreuungsangeboten für Senioren betrieben werden.
Kultur-, Bildungs-, Umwelt- und Energiepolitik	Die Umweltpolitik stellt das Fundament des Wahlprogramms der Grünen dar. Die Luftverschmutzung sollte mit strengeren Auflagen für Industrie- und Gewerbeanlagen bekämpft und die Bebauung von Ackerböden durch strengere Auflagen, die sich am deutschen Vorbild orientieren, begrenzt werden. Aus Umweltschutzgründen sei eine weitere Privatisierung von Wäldern zu verbieten. Die Bildungspolitik wird als integraler Bestandteil einer „grünen Wirtschaft“ verstanden. Die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sollten erhöht werden. Der Anteil der Ausgaben für das Schulwesen sollte um 3 Prozentpunkte auf dann 12 Prozent des Gesamthaushalts erhöht werden. Das Hochschulwesen müsse reformiert werden. Im Wahlprogramm wird die Forderung formuliert, die Schulden des tschechischen Kulturfonds zu tilgen. Für die zukünftige Finanzierung der Hochschulen sollen zusätzlich Einnahmen aus dem Glückspiel verwendet werden.

Quelle: <http://volby.zeleni.cz/tema-dne/15374/clanek/ctyrlitek-temat-sz-pro-snemovni-volby-2010/> (16.03.2010)

4.6 TOP 09 - Tradition, Verantwortung, Prosperität



S podporou Starostů

TOP 09 - Tradice, Odpovědnost, Prosperita
Politische Richtung: konservativ, Mitte-rechts
Mitglieder: 2.450 (Stand: 05.02.2010)
Vorsitzender: Karel Schwarzenberg

<http://www.top09.cz/>

TOP 09 ist die jüngste der hier vorgestellten Parteien und hat sehr gute Aussichten auf einige Mandate im Abgeordnetenhaus. Sie wurde erst im Frühjahr 2009 gegründet und ihr Name steht als Akronym für *tradice* (Tradition), *odpovědnost* (Verantwortung) und *prosperita* (Prosperität). In diesem Jahr wird sie bei den anstehenden Wahlen – zum Abgeordnetenhaus und den Regionalwahlen in Prag – zum ersten Mal auf den Wahlzetteln aufgeführt. Gründer von TOP 09 ist Miroslav Kalousek, der bis 2006 Parteivorsitzender der KDU-ČSL gewesen ist und dem Kabinett von Ministerpräsident Topolánek als Finanzminister angehörte. In ihrer Gründungsphase präsentierte sich die Partei als konservative und pro-europäische Wahlalternative. Zur großen Bekanntheit und Popularität der neuen politischen Kraft hat sicherlich auch die Unterstützung durch den ehemaligen Außenminister Karel Schwarzenberg beigetragen. Nach einer Umfrage des CVVM war Schwarzenberg damals einer der Politiker, denen die Tschechen das meiste Vertrauen entgegen brachten. Anfang 2010 vertrauten ihm etwa 44 Prozent der Bevölkerung, wohingegen Kalousek nur von etwa jedem Vierten als vertrauenswürdiger Politiker betrachtet wurde. Am 28. November 2009 wurde Schwarzenberg schließlich mit beinahe einstimmigem Beschluss zum ersten Parteivorsitzenden von TOP 09 gewählt. Kalousek wurde ebenfalls fast einstimmig zu seinem Stellvertreter bestimmt. Seither wird Schwarzenberg nach außen erfolgreich als der „Kopf“ der Partei dargestellt, wobei Kalousek als der „Macher im Hintergrund“ anzusehen ist. In der Wählergunst sank die Partei für den Zeitraum der innerparteilichen Wahlen zwar kurzzeitig von ihrem einstigen Höchststand Mitte Oktober 2009 von 15 Prozent Zustimmung ab, pendelte sich jedoch bald bei etwa 13 Prozent ein und würde somit bei den anstehenden Wahlen noch vor den Kommunisten (12 Prozent) die drittstärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus stellen. Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass TOP 09 eine entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung zukommen könnte. Nichtsdestotrotz ist die junge Partei noch immer in einem Entwicklungsprozess begriffen, was insbesondere ein Blick auf die Parteistrukturen verdeutlicht. So befindet sich beispielsweise die Partei auf regionaler Ebene noch im Aufbau ihrer Organisation. Besonders an den Mitgliedszahlen wird die Jungfräulichkeit der Partei offenbar, denn bislang gehören ihr gerade einmal 2.500 Mitglieder in der Region Prag an. Erst Mitte Februar war die Entwicklung der Parteistrukturen soweit voran geschritten, dass die Mitgliederliste auch für die Regionen geöffnet werden konnte.

4.6.1 Karel Schwarzenberg



Geburtstag: 10. Dezember 1937

Geburtsort: Prag

Mitglied bei TOP 09 seit: 2009

Position: Parteivorsitzender

Wichtige politische Positionen bisher: Außenminister (2007 – 2009)

<http://www.karelschwarzenberg.cz>

Offizielle Internetseite des Politikers (Tschechisch und Englisch)

Fürst Karel von Schwarzenberg ist eine der größten politischen Persönlichkeiten Tschechiens und sein Name ist auch im Ausland bekannt.

Nach der Machtübernahme der Kommunisten musste er 1948 mit seiner Familie aus der Tschechoslowakei nach Österreich ins Exil fliehen, wo er sich seit den 1960er Jahren politisch zu betätigen begann. Früh unterstützte er den Widerstand gegen das kommunistische Herrschaftsregime in seiner alten Heimat und arbeitete nach dem Scheitern der Aufstände im Frühling 1968 mit Dissidenten und Oppositionellen zusammen. International engagierte sich Schwarzenberg für die Verbreitung und Einhaltung der Menschenrechte und war von 1984 bis 1991 Präsident der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte. Seine Arbeit für Freiheit und Demokratie wurde im Juni 1990 mit der Ernennung zum Leiter der Kanzlei des Präsidenten der Republik von Václav Havel gewürdigt.

In der seit November 1989 freien Tschechischen Republik setzte sich Schwarzenberg immerfort für eine Festigung demokratischer Strukturen ein. 1996 wurde er Mehrheitseigner der R-PRESSE GmbH, welche die seit 1990 erscheinende politische Wochenzeitschrift *Respekt* verlegte. Durch diese Investition trug er maßgeblich zum Überleben eines der seriösesten Printmediums in der Tschechischen Republik bei. Nach

der Transformation der Gesellschaft in die Aktiengesellschaft Respekt Publishing a.s. und der damit einhergehenden Erhöhung des Basiskapitals im Jahre 2006, hält Schwarzenberg heute einen Minoritätsanteil von Respekt. Auf die Redaktionsarbeit nimmt er angeblich keinen Einfluss. Seine politische Karriere in Tschechien begann im November 2004 mit seiner Wahl zum Senator, wofür er von der US-DEU und der ODA als Kandidat nominiert wurde. Im Januar 2007 wurde der parteilose Schwarzenberg von den an der Regierungskoalition beteiligten Grünen für das Amt des Außenministers nominiert und schließlich von Staatspräsident Klaus ernannt. In seiner zweijährigen Amtszeit bis zum Sturz der Regierung Topolánek im März 2009 wurde er einer der beliebtesten Politiker des Landes. Er war auch für die Verhandlungen über den US-amerikanischen Raketenabwehrschild zuständig, in dessen Rahmen eine Radaranlage auf tschechischem Hoheitsgebiet errichtet werden sollte.

Ende November 2009 wurde Karel Schwarzenberg mit fast einstimmigem Beschluss auf dem Parteikongress zum ersten Vorsitzenden der erst ein halbes Jahr zuvor gegründeten Partei TOP 09 gewählt. Sein politisches Engagement im Vorfeld der Wahlen im Mai fällt allerdings bislang relativ unauffällig aus und entspricht dem besonnenen Charakter des mittlerweile 72-jährigen. Obwohl er nach außen als die Galionsfigur der Partei präsentiert wird, enthält er sich weitgehend den tagespolitischen Diskussionen der anderen Parteien und meldet sich nur gelegentlich zu Wort.

4.6.2 Das Wahlprogramm

	POSITIONEN IM WAHLPROGRAMM
Innenpolitik	TOP 09 spricht sich für die Bekämpfung der Korruption und eine Gewährleistung der Energiesicherheit aus. Zur Einwanderungspolitik gibt es keine aktuelle Stellungnahme.
Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik	Die Tschechische Republik soll weiter an die EU herangeführt werden. Auch die Allianzen im euro-atlantischem Raum seien wichtig und tschechische Kräfte eine wesentliche Komponente der NATO.
Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Infrastrukturpolitik	Indem man berufstätigen Müttern Steuervergünstigungen anbietet, sollen neue Arbeitsplätze entstehen, da verstärkt Dienstleistungen nachgefragt werden, wie z.B. in der Kinderbetreuung oder bei Hausarbeiten. Das Elterngeld soll ersetzt werden durch Einkommenssteuervergünstigungen. Außerdem spricht sich die Partei für einen Abbau von Bürokratie und Überregulierung aus.
Sozial- und Gesundheitspolitik	Die Familie wird als Eckpfeiler der Gesellschaft gesehen. Familie und Beruf sollen, wie auch schon im vorherigen Abschnitt deutlich wird, besser vereinbar werden. Außerdem vertritt TOP 09 die Meinung, dass das Rentensystem transformiert werden sollte und zwar in ein sogenanntes Multi-Komponenten-System: Die Finanzierung setzt sich zusammen aus einem laufenden Beitrag und einem Kapital-Beitrag.
Kultur-, Bildungs-, Umwelt- und Energiepolitik	Durch ein System aus Stipendien und Krediten soll kein Talent aus finanziellen Gründen auf der Strecke bleiben und alle jungen Menschen ihr Potenzial ausschöpfen können. Die Bereiche Umweltschutz und erneuerbare Energien sollen verstärkt bzw. ausgebaut werden.

<http://www.top09.cz/proc-nas-volit/volebni-program/volebni-program-2010/>

4.7 Věci veřejné – Öffentliche Angelegenheiten



VV - Věci veřejné
Politische Richtung: Mitte-Rechts
Mitglieder: 2.175 (Stand: 09.02.2010)
Vorsitzender: Radek John

<http://www.veciverejne.cz/>

Die pro-europäische Partei *Öffentliche Angelegenheiten* konnte sich bereits auf kommunaler Ebene teilweise etablieren. Derzeit hat sie neun Abgeordnete in der Bezirksvertretung des Stadtteils Prag 1 und setzt sich dort für die Stärkung der Bürgerrechte und die Förderung direktdemokratischer Verfahren ein. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 konnten sie 2,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Den Parteivorsitz hält der Journalist und Schriftsteller Radek John.

Die Wahlkampagne der Partei *Öffentliche Angelegenheiten* zu den anstehenden Parlamentswahlen kann durchaus als offensiv bezeichnet werden. Während andere Parteien noch an Entwürfen ihrer Wahlprogramme arbeiteten, hatte die Partei in Prag bereits Anfang des Jahres unzählige Wahlplakate aufgehängt und ist im öffentlichen Stadtbild präsenter als jede andere Partei. Diese Strategie des frühzeitigen Aufmerksamkeit-Erregens scheint den Wahlkampfplanern Recht zu geben. Nach Umfragen des CVVM im Februar 2010 hatte *Öffentliche Angelegenheiten* landesweit mit 6 Prozent Zustimmung mehr Befürworter als die KDU-ČSL oder die Grünen. Im Wahlkampf zeigt sich die Partei bisher wenig personalisiert und versucht Inhalte in den Vordergrund zu stellen. Beobachter sehen die neue Partei als ernstzunehmende Alternative im Mitte-Rechts-Sektor an, die durchaus den gestandenen Kräften ODS, KDU-ČSL und auch der neu gegründeten TOP09 in letzter Minute noch Wähler abnehmen könnte.

4.7.1 Radek John



Geburtstag: 6. Dezember 1954

Geburtsort: Prag

Mitglied bei „Öffentliche Angelegenheiten“ seit: 2009

Position: Parteivorsitzender

Wichtige politische Positionen bisher: keine

<http://www.radekjohn.cz>

Offizielle Internetseite des Politikers (tschechisch)

Radek John ist Schriftsteller, Drehbuchautor und Publizist. Er war seit den 80er Jahren als Journalist tätig und hat bereits mehrere Romane veröffentlicht. Zudem arbeitet er mit dem Tschechischen Fernsehen und den Barrandov-Studios zusammen und hatte eine eigene Fernsehsendung.

In den 80er Jahren lehnte er eine Anstellung beim Tschechoslowakischen Fernsehen ab, da dies mit einem Eintritt in die Kommunistische Partei verbunden gewesen wäre. In der Folgearbeitete er als Journalist und Redakteur für die Zeitschrift *Mladý svět* (Junge Welt). Dabei erregte John Aufsehen, weil er Bücher und Reportagen über Themen wie Drogensüchtige, Aids-Kranke und Prostituierte schrieb, welche unter der sozialistischen Herrschaft als Tabu galten.

Ab 1993 hatte John seine eigene Fernsehsendung beim privaten Sender TV Nova, bei der er als Redakteur und Moderator in Erscheinung trat. Als er jedoch einige Entscheidungskompetenzen verlor, verließ er den Sender 2009 und schrieb fortan noch für verschiedene Zeitschriften und drehte Reportagen.

Radek John wurde bereits zehn Mal zur beliebtesten Person der Fernsehpublizistik in Tschechien und einmal zur beliebtesten Persönlichkeit des tschechischen Fernsehens gewählt. Seine Bekanntheit und Popularität dürften der Partei daher zusätzliche Stimmen einbringen.

4.7.2 Das Wahlprogramm

Die Partei äußert sich in ihrer Web-Präsenz nicht zu allen Wahlkampfthemen. Sie tritt allgemein für mehr Mitbestimmung ein und will eine direkte Demokratie mit Möglichkeiten zu Referenden und Volksabstimmungen einführen. In ihrem Programm finden sich nur wenige Kernpunkte: Bekämpfung der Korruption und einige wirtschafts- und sozialpolitische Standpunkte, die auch zum Teil von anderen Parteien geteilt werden.

	POSITIONEN IM WAHLPROGRAMM
Innenpolitik	Die zwei wichtigsten Punkte der Innenpolitik bilden auch gleichzeitig die Kernpunkte des Programms: Bekämpfung der Korruption und Einführung direktdemokratischer Partizipation der Bürger. Daran richten sich auch die meisten anderen Punkte der Partei aus. Ebenso soll durch einfachere Gesetze eine bessere Durchsetzbarkeit von Recht für die Bürger erlangt werden.
Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik	Die Partei hat kein außenpolitisches Programm.
Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Infrastrukturpolitik	Die Förderung mit EU-Mitteln soll erleichtert werden und dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen sollen unterstützt werden.
Sozial- und Gesundheitspolitik	Familien mit Kindern sollen von Nachlässen bei der Sozialversicherung profitieren und „Startwohnungen“ bekommen. Zudem sollen mehr Kindertagesstätten eingerichtet werden. Eine Rentenreform wird als notwendig erachtet.
Kultur-, Bildungs-, Umwelt- und Energiepolitik	Die Partei gibt keine programmatischen Punkte zu diesem Thema an.

<http://www.veciverejne.cz/politicky-program.html>

4.8 Wahlkoalitionen, politische Bewegungen und kleine politische Parteien

Neben den etablierten Parteien und der neu gegründeten TOP 09 und VV gibt es noch einige andere Wahlalternativen, die zwar nur eine geringe Chance haben, ein Mandat zu gewinnen, die jedoch aufgrund ihrer Kandidaten oder inhaltlichen Positionen sehr bekannt sind und in den Medien durchaus diskutiert werden.

Um ihre Aussichten bei den Wahlen zu erhöhen, schließen sich kleinere Parteien und politische Bewegungen häufig zu Wahlkoalitionen zusammen. Selbst wenn sie den Einzug ins Parlament nicht schaffen, weil sie die Fünf-Prozent-Hürde verfehlen, stehen ihnen staatliche Zuschüsse zu, sofern sie mindestens drei Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Bei den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006 trat mit der *Koalice pro Českou republiku* nur eine solche Wahlkoalition zu den Wahlen an. Mit einem Wahlergebnis von lediglich 0,15 Prozent der Stimmen war sie jedoch

bedeutungslos für die politische Landschaft in Tschechien. Außerdem gab es neben den oben bereits genannten größeren Parteien weitere 20 kleinere Parteien und politische Bewegungen, die ebenfalls nur jeweils weniger als 3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Bei den diesjährigen Wahlen werden insgesamt 27 Parteien und politische Bewegungen zur Wahl antreten.

In Tschechien kommt es häufig zu Parteineugründungen und das Beispiel der TOP 09 zeigt, dass sie sich durchaus zu erfolgversprechenden Wahlalternativen entwickeln können. Die meisten dieser Parteien sind jedoch auf ein bestimmtes Themengebiet festgelegt und nach einer Wahlniederlage lösen sie sich in der Regel schnell wieder auf. So waren beispielsweise bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1998 insgesamt elf Parteien auf den Stimmzetteln aufgeführt, die 2006 entweder gar nicht oder nicht mehr in ihrer damaligen Form angetreten sind. Dem Wähler standen bei der letzten Wahl im Vergleich zu 1998 beinahe 20 neue Wahlalternativen zur Auswahl. Hier zeigt sich erneut die Wechselhaftigkeit des tschechischen Parteiensystems.

Im vergangenen Jahr wurden die Wahlen zum Europäischen Parlament von vielen neugegründeten Parteien als Möglichkeit betrachtet, ihre Resonanz in der Bevölkerung auszuloten und sich auf die nationalen Wahlen vorzubereiten, die damals für den Herbst desselben Jahres angesetzt waren. Sieben dieser Parteien, die sich jeweils ausdrücklich europafreundlich (*Starostové a Nezávislé – Vaše alternativa*, *SNK-ED*, *Věci veřejné* und *SPO-Z*) oder europaskeptisch (*Libertas*, *SSO* und *Suverenita*) geben, haben versucht sich als Wahlalternativen zu positionieren und sollen im Folgenden kurz dargestellt werden. Fünf dieser sieben Parteien und politischen Bewegungen traten im Sommer 2009 zum ersten Mal bei einer Wahl an. Eine Übersicht über die jeweiligen Wahlergebnisse findet sich in Abbildung 3.

Starostové a Nezávislé – Vaše alternativa

Die politische Bewegung *Bürgermeister und Unabhängige – Ihre Alternative* kämpft für eine Professionalisierung der Staatsverwaltungen und ihre Entbürokratisierung sowie gegen Korruption. Durch ihre sozialen Akzente könnte sie zwar programmatisch dem Mitte-Links Spektrum zugeordnet werden, doch bei den kommenden Wahlen wird sie mit der konservativen TOP 09 zusammenarbeiten. Nach einem Parteibeschluss vom Juli 2009 werden ihre Kandidaten über die Liste der TOP 09 für ein Mandat im Abgeordnetenhaus aufgestellt.

SNK-ED – Evropští demokraté

Die 2006 gegründeten *Europäischen Demokraten* war die bislang erfolgreichste nicht-parlamentarische Partei, die 2004 bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament in der Tschechischen Republik mit 11,02 Prozent der Stimmen einen großen Wahlerfolg erzielte und mit vier Abgeordneten erste politische Erfahrungen in Straßburg sammeln konnte. Mit ihrem pro-europäisch ausgerichteten Parteiprogramm und der Zielsetzung den tschechischen Mittelstand zu stärken, konnte sich die Partei auch auf kommunaler Ebene etablieren. Die Parteivorsitzende der *Europäischen Demokraten*, die Managerin Zdeňka Marková, wurde 2006 im mährischen Nové Město zur Bürgermeisterin gewählt.

Auf nationaler Ebene unterlag die Partei jedoch bisher ihren programmatischen Konkurrenten der konservativen ODS und KDU-ČSL. Bei den zweiten Wahlen zum Europäischen Parlament im Sommer 2009 verlor sie ebenfalls ihre Stimmen an die größeren Parteien und konnte keine Abgeordneten mehr stellen.

Strana práv občanů – Zemanovci (SPO-Z)

Im Herbst 2009 wurde die *Partei der Bürgerrechte – Anhänger von Zeman* vom ehemaligen Ministerpräsidenten Miloš Zeman (früher ČSSD) gegründet. Dieser wurde beim konstituierenden Parteitag am 06. März 2010 erwartungsgemäß zum Parteivorsitzenden gewählt. Ähnlich wie die Partei *Öffentliche Angelegenheiten* tritt die SPO-Z für die Einführung direktdemokratischer Verfahren ein. Unter anderem fordert sie eine Direktwahl des Präsidenten der Tschechischen Republik. Zeman, der von 1998 bis 2002 das Amt des Ministerpräsidenten führte, war während seiner Amtszeit in einer entscheidenden Phase des Beitrittsprozesses Tschechiens zur Europäischen Union in der politischen Verantwortung. Aus diesem Grund vertritt die SPO-Z eine moderate Einstellung gegenüber der EU und betrachtet die europäischen Institutionen als Plattform zur Durchsetzung tschechischer Interessen. Die Partei setzt sich

europapolitisch vor allem für eine Erhöhung von Investitionen in den tschechischen Regionen ein. Nach Umfragen des CVVM hatte die SPO-Z im Februar 2010 einen Stimmenanteil von 2 Prozent.

Libertas.cz

Libertas.cz wurde Anfang 2009 von dem damaligen Europaabgeordneten Vladimír Železný als ausdrücklich euroskeptische Partei gegründet. Eine Anlehnung der Partei an die Ideen und Inhalte der bekannten irischen *libertas.eu* wurde zunächst nur vermutet, doch nach der öffentlichen Unterstützung der Euroskeptiker durch Staatspräsident Klaus und dem Parteiwechsel von zwei Europaabgeordneten der ODS zu *Libertas.cz* wurde eine organisatorische Partnerschaft offiziell bestätigt.

Den Parteivorsitz übernahm Anfang März 2009 Jan Fuka. Die Tatsache, dass die Partei zwei Monate vor der Wahl nicht mal eine eigene Internetseite betreibt, spiegelt ihren schlechten Organisationsgrad wieder. Das schlechte Abschneiden bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im vergangenen Jahr deutet darauf hin, dass sich *Libertas.cz* in Tschechien langfristig wohl nicht etablieren wird.

Strana svobodných občanů (SSO)

Die ebenfalls Anfang 2009 registrierte *Partei der Freien Bürger* steht ähnlich wie *libertas.cz* für ein Europa der souveränen Staaten, in dem das Prinzip "Ein Staat – Eine Stimme" gelten sollte. Ihr programmatischer Ansatz stellt die politische Freiheit vor den Wohlstand. Der Gründer und Vorsitzende der SSO ist der selbstständige Unternehmensberater Petr Mach, der bis 2008 Mitglied der ODS gewesen ist und früher auch als „politischer Ziehsohn“ Václav Klaus galt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 musste auch die SSO eine Niederlage einstecken.

Suverenita

Die *Partei der Souveränität* trägt ihre Maxime bereits im Namen. *Suverenita* kämpft gegen die Beschneidung der nationalstaatlichen Souveränität in Tschechien und Europa. So war sie ein erbitterter Gegner des Vertrags von Lissabon, weil dieser ihrer Meinung nach die Grundsteine eines europäischen Bundesstaates lege. Die Parteivorsitzende Jana Bobošíková wurde insbesondere durch ihre Kandidatur für die Kommunisten bei den Präsidentschaftswahlen 2008 landesweit bekannt. Zuvor war sie für die politische Bewegung *Nezávislí* fünf Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments, konnte 2009 mit *Suverenita* jedoch kein erneutes Mandat für Straßburg gewinnen.

	Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006:	Wahlen zum Europäischen Parlament 2009:	Umfragewerte Februar 2010
Libertas.cz	-	0,94 %	-
SPO-ZZ	-	-	2,00 %
Starostové a Nezávislé – Vaše alternativa	-	2,28 %	-
SNK-ED	2,08 %	1,66 %	-
Suverenita	-	4,26 %	-
SSO	-	1,26 %	-
Věci veřejné	-	2,40 %	6,00 %

Abb. 3: Übersicht über die Wahlergebnisse und Umfragewerte der kleineren Parteien und politischen Bewegungen. Die Umfragewerte in der letzten Spalte der Tabelle stammen aus der Februarumfrage 2010 des CVVM.

INFOBOX 3: DER ABLAUF DER WAHLEN / INFORMATIONQUELLEN

Traditionell wird in der Tschechischen Republik an einem Freitag und einem Samstag gewählt. Die Wahllokale öffnen am 28. Mai um 14.00 Uhr und schließen am 29. Mai um 14.00 Uhr. Meist werden erste, vorläufige Ergebnisse gegen 17 Uhr ausgestrahlt. Mit Reaktionen seitens der führenden Akteure ist um diesen Zeitpunkt herum zu rechnen. Ein amtliches Endergebnis erscheint zumeist erst am kommenden Tag bzw. gar am Montag, doch rechnen die meisten Beobachter damit, dass zwischen 20 und 22 Uhr Sieger und Verlierer feststehen. Dass die ersten Trends am Nachmittag sich im Laufe des frühen Abends schnell als tückisch erweisen können, hat die ODS bei den Wahlen 2006 erfahren müssen. Dort führte sie bei den ersten Hochrechnungen deutlich, konnte im letztendlichen Endergebnis dann aber nur noch einen hauchdünnen Vorsprung ins Ziel retten. Die Hochrechnungen sind also mit Vorsicht zu genießen.

Als allgemein im Fokus stehendes Medium für die Bekanntgabe der Hochrechnungen, Zwischenergebnisse und Reaktionen der Parteien ist das Tschechische Fernsehen anerkannt. Im Laufe der Wahlen werden hier aktuelle Zahlen veröffentlicht und Live-Übertragungen auch im Internet angeboten.

Folgende Seiten sind für den interessierten Leser einen Blick am Wahlabend wert:

In tschechischer Sprache:

www.ct24.cz – Nachrichtensender des Tschechischen Fernsehens

www.ceskatelevize.cz – Tschechisches Fernsehen

www.idnes.cz – Internetportal der Tageszeitung Mlada Fronta Dnes

www.ihned.cz – Internetportal der Tageszeitung Hospodářské Noviny

www.lidovsky.cz – Internetportal der Tageszeitung Lidové Noviny

www.pravo.cz – Internetportal der Tageszeitung Právo

www.respekt.cz – Internetportal der Wochenzeitschrift Respekt (teils in Englisch)

www.aktualne.cz – Internetportal Aktualne

In englischer Sprache:

www.ceskenoviny.cz/news – Wichtigste Schlagzeilen bei České Noviny

<http://praguemonitor.com/> – Prague Monitor

<http://www.praquepost.com/> – Prague Post

In deutscher Sprache:

<http://www.radio.cz/de> – Radio Prag

<http://www.pragerzeitung.cz/> – Prager Zeitung

<http://nachrichten.tschechien-online.org/> – Tschechien Online

und natürlich:

www.kas.de/prag – Internetportal der KAS Prag

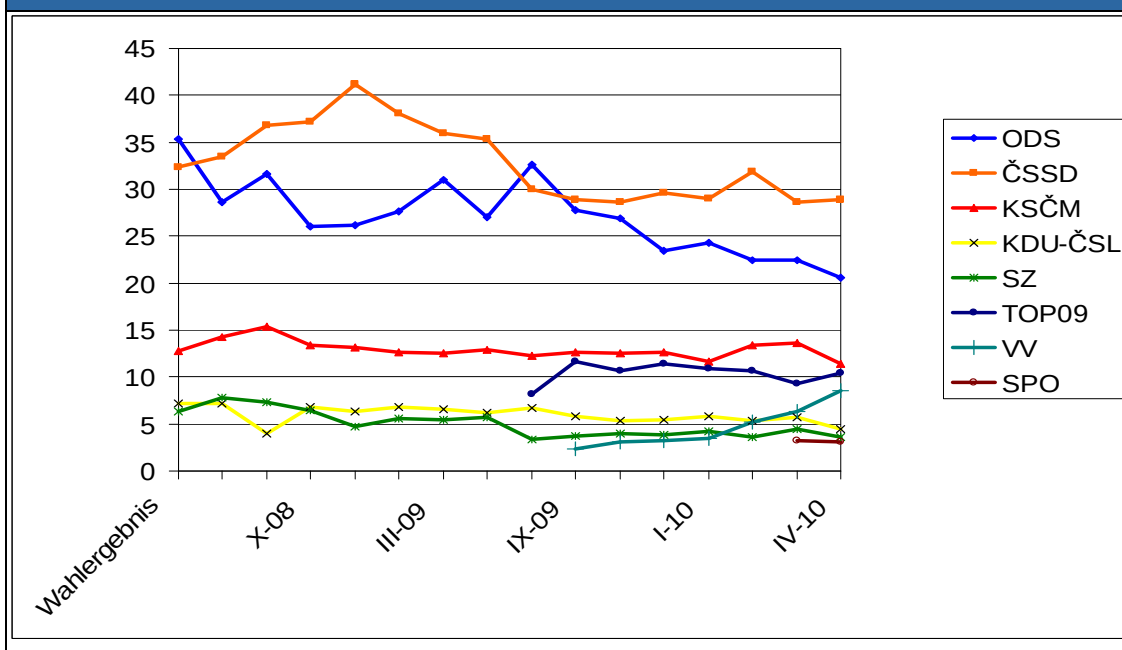
5. ENTWICKLUNGEN DER WAHLPRÄFERENZEN

In diesem Kapitel findet sich eine Übersicht über die Wahlpräferenzen der tschechischen Bevölkerung seit Mai 2009. Die einzelnen Umfragewerte in der folgenden Zusammenstellung sind jeweils ein arithmetisches Mittel aus den Umfragedaten der Meinungsforschungsinstitute CVVM, STEM, MEDIAN und FACTUM. Weil die Ergebnisse der einzelnen Institute teilweise deutlich unterschiedlich ausfallen, sind Summen von mehr als 100 Prozent möglich. Für April 2010 lagen bei Redaktionsschluss lediglich die Zahlen zweier Umfrageinstitute vor.

Umfragewerte von Mai 2009 bis April 2010												
Monat	Mai 2009	Juni 2009	Juli 2009	August 2009	September 2009	Oktober 2009	November 2009	Dezember 2009	Januar 2010	Februar 2010	März 2010	April 2010
ODS	27,0	32,5	32,5	28,9	30,0	26,3	26,9	23,4	24,3	23,0	22,8	20,6
ČSSD	35,3	30,4	29,9	31,5	28,8	30,2	28,6	29,6	29,0	31,0	30,0	28,9
KSČM	12,9	13,6	12,2	13,0	12,6	12,6	12,5	12,6	11,7	13,2	11,7	11,5
KDU-ČSL	6,2	6,4	6,7	5,2	5,8	5,3	5,1	5,4	5,8	5,2	4,7	4,5
SZ	5,7	3,6	3,3	2,7	3,7	3,3	4,0	3,8	4,3	3,3	4,2	3,6
TOP 09	-	2,5	8,1	9,0	11,6	12,1	10,7	11,4	10,9	11,0	8,9	10,4
Věci veřejné	-	-	-	1,5	2,3	2,1	3,0	3,2	3,4	5,2	6,6	8,6
SPO-Z	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,3	3,1

Alle Angaben in Prozent.

Präferenzentwicklung von Oktober 2007 bis April 2010



6. DER WAHLKAMPF 2010

Der Wahlkampf im Vorfeld der Parlamentswahlen 2010 begann in Tschechien erst relativ spät, so dass zum Redaktionsschluss am 16.04.2010 noch keine letztendliche Bewertung abgegeben werden kann

Etablierte Parteien verlieren, neue Kräfte gewinnen hinzu

Ein Trend lässt sich aus den oben zusammengestellten Umfrageergebnissen jedoch herauslesen: Die etablierten und auch größeren Parteien büßen ein, neu gegründete Gruppierungen gewinnen im Laufe der Zeit deutlich hinzu bzw. pendeln sich bei stabilen Werten über 5 Prozent ein.

Ein Grund mag im „Politikfrust“ der Bevölkerung zu sehen sein. Über Jahre haben es die genannten „etablierten Parteien“ versäumt, sich als seriöse Advokaten bestimmter Themen zu präsentieren und mit inhaltlicher Qualität an Stelle einer großen Quantitätstreitbarer Aussagen zu überzeugen. Somit nehmen viele Wähler diese Parteien inzwischen als Verursacher der politischen und wirtschaftlichen Krise, nicht aber als mögliche „Heilsbringer“ wahr. Und in der Tat unterbieten sich vor allem ODS und ČSSD tagtäglich in ihrer gegenseitigen Negativwahlkampagne mit Schlägen auf den politischen Konkurrenten – teils weit unter der Gürtellinie.

Von diesem Verhalten profitieren bereits jetzt die neugegründeten Parteien TOP09, Věci Veřejné und die Strana Prava Obcanu – Zemanovci. Alle drei neuen Parteien konnten bei den Umfragewerten nochmals zulegen und stehen bei 7-9 Prozent (VV und TOP09) sowie knapp unter vier Prozent (SPO-Z). Dagegen kämpfen die Grünen nach der Regierungsbeteiligung 2006 nun ums Überleben. Auch die älteste demokratische tschechische Partei, die KDU-ČSL, liegt im Umfeld der Fünf-Prozent-Hürde. Möglicherweise steht das tschechische Parteienspektrum also erneut vor einem Umbruch: Gestandene Parteien fallen in den Umfragewerten aus dem Parlament heraus, die beiden großen Parteien ODS und ČSSD verlieren teils dramatisch und Neugründungen schießen in der Wählergunst schnell nach oben.

Negativwahlkampf dominiert – inhaltliche Argumente Mangelware

Der bisherige Wahlkampf scheint dies zu bestätigen: Während sich also die beiden großen Parteien mit Negativkampagnen persönlich und oftmals jenseits des guten Geschmacks angreifen, bieten die neuen Akteure teils unpopuläre Programme, die nicht das unerreichbare „Blaue vom Himmel“ versprechen, sondern Lösungen für die Krise anbieten. In der Tat muss angesichts der unzähligen anonymen Plakate, die – in der Farbe der gemeinten Partei gehalten – den politischen Gegner diffamieren und beschimpfen („Nečas pfeift auf den normalen Menschen“, „Paroubek bringt euch Elvis zurück“ – Beispiele siehe Fotos

im Anhang) die Frage nach der politischen Reife der beiden selbsternannten Volksparteien Tschechiens gestellt werden. Bei den Negativplakaten ist nie ein Urheber auf den Transparenten aufgeführt – es handelt sich also um rein anonyme, vielleicht gar feige Kampagnen, einzig der persönlichen Attacke auf den politischen Gegner dienend. Den Wählern scheint der Appetit auf diese Art von Politik inzwischen verdorben zu sein. Die vielen Affären und Korruptionsverdachtsmomente gegen einzelne Parteien und ihre führenden Köpfe werden nur noch passiv zur Kenntnis genommen. Konsequenzen für die Verantwortlichen sind nirgends auszumachen, geschweige denn rechtliche Sanktionen. Die tschechischen Parteien scheinen stellenweise zu vergessen, dass sie einen Hauptanteil an der Verantwortung für die demokratische Stabilität im Land tragen.

Regierungsbeteiligung der Kommunisten? Mitleidsbonus für ODS?

Angeichts der beschriebenen Entwicklungen werden bestimmte Szenarien für die Regierungsbildung nach der Wahl immer wahrscheinlicher. Eine große Koalition sehen viele Beobachter als Möglichkeit, gerade weil sich Topolánek von der Spitze der ODS zurückziehen wird. Dass die bisher in den Umfragewerten führende ČSSD in einer Mehrparteiregierung mit Hilfe kleinerer Parteien (wie z.B. den Christdemokraten) regieren könnte, gilt ebenfalls als mögliche Variante. Dass nun der Sozialdemokraten-Chef Jiří Paroubek auf dem Parteitag im März 2010 eine Minderheitenregierung seiner Partei mit Tolerierung durch die Kommunisten als „letzte Möglichkeit“ genannt hat, sollte die Warnsignale in Prag jedoch schrillen lassen.

Auf der anderen Seite ist der tschechische Wähler für drei Verhaltensweisen bekannt:

- 1) Er entscheidet sich meist sehr kurzfristig.
- 2) Er entscheidet auch anhand eines Mitleidsbonus – Verlieren soll möglichst niemand!
- 3) Er möchte nicht bei den Verlieren stehen, wählt im Zweifelsfall keine kleine Partei.

Was hat dieses Verhalten in der Praxis für Folgen? Bereits bei den Wahlen 2006 zeigte sich deutlich, dass Umfragen im Vorfeld der Wahl keineswegs das endgültige Wahlergebnis widerspiegeln. Damals führte die ODS in allen Umfragen vor der ČSSD. Nach Schließung der Wahllokale lag die ODS weiterhin in den Hochrechnungen vorne. Am Abend dann der Schock für alle „Blauen“: Das vorläufige Endergebnis zeigte nahezu eine Pattsituation zwischen Bürger- und Sozialdemokraten. Tschechische Politologen untersuchen dieses Mitleids-Phänomen bereits seit längerem – ein Wahlsieg der ČSSD ist – trotz ihrer guten Umfrageergebnisse – demnach also keinesfalls sicher.

Verstärkend kommt noch hinzu, dass der tschechische Wähler prinzipiell eher einer großen als einer kleinen Partei die Stimme gibt – denn damit wäre „sichergestellt, dass die Stimme nicht verloren“ sei. Das hat sogar Auswirkungen auf den Wahlkampf: Bei den offiziellen Fernsehduellen, bei denen alle Spitzenkandidaten aller Regionen jeweils zu Wort kommen, lädt das staatliche Fernsehen nur die Parteien ein, die zu diesem Zeitpunkt in „den Umfragen“ in der betreffenden Region über der Fünf-Prozent-Hürde liegen. In vielen Regionen fallen damit die derzeit noch im Parlament vertretenen Christdemokraten und Grünen heraus, in anderen Regionen wiederum sind Parteien vertreten, die nur durch einen charismatischen Anführer in der einen Region für Aufsehen sorgen, sonst aber keine Rolle spielen. Ein möglicherweise problematischer Eingriff in den Wahlkampf: Aktuelle Meinungsumfragen werden höher gewichtet als tatsächliche Wahlergebnisse bei den letzten Wahlen.

Der Höhenflug von TOP09 und VV ist mit Bedacht zu analysieren, denn viele eigentliche ODS-Wähler könnten durchaus die Umfragen als eine Art „Warnsignal“ an ihre Stammpartei nutzen, bei der Wahl aber dennoch bei der ODS ihr Kreuzchen machen. Ein starkes Aufholen der Bürgerdemokraten ist also nicht von vornherein kategorisch auszuschließen, eine herbe Niederlage allerdings auch nicht.

Klar ist, dass es erneut zu sehr engen Mehrheiten kommen könnte – das bringt das Wahlsystem mit sich. Wenn aber 20 Jahre nach der Samtenen Revolution die Kommunistische Partei zumindest indirekt an der Regierung beteiligt werden würde, wäre dies der traurige Beleg dafür, dass das tschechische Parteiensystem in einer tiefen Krise steckt. Dass in diesem Zuge möglicherweise zwei vormals die Regierung stellende Parteien (KDU-ČSL und Grüne) eventuell nicht mehr im Parlament vertreten sind und gar drei neue Kräfte (TOP09 und VV mit großer Wahrscheinlichkeit, SPO-Z unsicher) Mandate erreichen – also ein massiver Umbruch im Fünf-Parteien-System Tschechiens eintreten würde – wäre in diesem Szenario dagegen nahezu nebensächlich. Am 28. und 29. Mai haben es die Wähler in der Hand. Bis dahin müssen die gestandenen Kräfte, allen voran die ODS und die ČSSD, beweisen, dass sie sich ihrer Verantwortung für die Stabilität der noch jungen Demokratie bewusst sind.

INFOBOX 4: DIE WAHLKAMPFFINANZIERUNG

Unabhängig von den normalen staatlichen Zuschüssen zur Parteienfinanzierung haben die Parteien in Tschechien ein Recht auf Wahlkampfkostenerstattung aus öffentlichen Mitteln. Bei der Festlegung der Höhe der staatlichen Zuschüsse für den Wahlkampf stehen demokratische Staaten immer wieder vor demselben Dilemma. Auf der einen Seite gilt es, den Parteien einen möglichst hohen Betrag zur Verfügung zu stellen, um kleineren Parteien mit geringen eigenen Mitteln die Ausübung ihres verfassungsmäßig geschützten Rechts an freien und gleichen Wahlen teilnehmen zu können, zu ermöglichen. Außerdem soll so der Korruption im Wahlkampf Einhalt geboten werden. Andererseits geht es aber auch darum, öffentliche Mittel nicht an solche Parteien zu verteilen, die keine ernsthaften Absichten im Hinblick auf die politische Beteiligung am öffentlichen Leben verfolgen. Weiterhin muss der Verschwendung von öffentlichen Geldern vorgebeugt werden.

Aus diesem Grund gibt es in der Tschechischen Republik – ähnlich wie in vielen anderen demokratischen Staaten auch – eine Grenze, ab welcher den Parteien eine Wahlkampfkostenerstattung zugestanden wird. Diese Grenze orientiert sich an den Stimmen, die für eine Partei bei den Wahlen abgegeben werden. Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus liegt die zu erreichende Stimmenzahl seit 2002 bei 1,5 Prozent der gültigen Stimmen. Erreicht eine Partei diese Schwelle, dann stehen ihr für jede Stimme, die sie erhalten hat 100 Kč Wahlkampfkostenhilfe zu. Seit der Einführung der Rückerstattung von Wahlkampfkosten im Jahre 1990 durchlief das entsprechende Gesetz einem stetigen Anpassungsprozess. Die Diskussion im Vorfeld einer Gesetzesänderung verlief immer wieder entlang der aufgezeigten zwei Seiten des Dilemmas.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2006 gelang es lediglich der SNK-ED als einziger Partei, die nicht ins Abgeordnetenhaus einziehen konnte, eine Wahlkampfkostenrückerstattung zu erhalten. Eine Übersicht über die Wahlkampfkosten und die Wahlkampfkostenerstattung der einzelnen Parteien für die Abgeordnetenhauswahl 2006 findet sich in der folgenden Tabelle.

		Stimmenanteil in %	Wahlkampfkosten- rückerstattung in Kč (in Euro)*	Kosten des Wahlkampfs (in Euro)
ČSSD	1.728.827	32,3	172.882.700 (6.890.859)	269.813.240 (10.754.373)
KDU-ČSL	386.706	7,2	38.670.600 (1.541.355)	67.593.000 (2.694.161)
KSČM	685.328	12,8	68.532.800 (2.731.620)	40.535.244 (1.615.677)
ODS	1.892.475	35,4	189.247.500 (7.543.136)	349.770.000 (13.941.336)
SNK-ED	111.724	2,1	11.172.400 (445.316)	32.323.000 (1.288.348)
SZ	336.487	6,3	33.648.700 (1.341.189)	26.366.853 (1.050.945)

Quelle: Staatliches Statistikamt der Tschechischen Republik und eigene Berechnungen

Bei den Wahlen 2006 war die KSČM die einzige Partei, deren Wahlkampfkostenrückerstattung höher ausfiel, als die Ausgaben ihres Wahlkampfes. Ansonsten zeigt sich, dass die größeren Parteien durch die staatlichen Zuschüsse ihren Wahlkampf kostendeckender führen können, als die kleineren Parteien. Diese sind viel stärker auf Spenden angewiesen, um ihre Wahlkampagnen zu refinanzieren.

ANHANG A Regierungen der Tschechischen Republik seit 1993

PREMIER	PARTEI	AMTSZEIT	REGIERUNG	MANDATE	%
Václav Klaus	ODS	01.01.1993 – 04.07.1996	ODS, KDU-ČSL, ODA	105	52,5
Václav Klaus	ODS	04.07.1996 – 02.01.1998	ODS, KDU-ČSL, ODA (von der ČSSD toleriert)	99	49,5
Josef Tošovský	-	02.01.1998 – 22.07.1998	Expertenregierung (von allen Parteien toleriert)	-	-
Miloš Zeman	ČSSD	22.07.1998 – 09.07.2002	ČSSD (Minderheitsregierung)	74	37,0
Vladimír Špidla	ČSSD	09.07.2002 – 02.07.2004	ČSSD, KDU-ČSL, US-DEU	101	50,5
Stanislav Gross	ČSSD	02.07.2004 – 25.04.2005	ČSSD, KDU-ČSL, US-DEU	101	50,5
Jiří Paroubek	ČSSD	25.04.2005 – 16.08.2006	ČSSD, KDU-ČSL, US-DEU	101	50,5
Mirek Topolánek	ODS	16.08.2006 – 08.05.2009	ODS, KDU-ČSL, SZ	100	50,0
Jan Fischer	-	08.05.2009 –	Expertenregierung	-	-

ANHANG B Das Abgeordnetenhaus - Wahlergebnisse der größten Parteien in der Tschechischen Republik seit 1996

	1996		1998		2002		2006	
	Stimmen in %	Sitze	Stimmen in %	Sitze	Stimmen in %	Sitze	Stimmen in %	Sitze
ODS	29,6	68	27,7	63	24,5	58	35,4	81
ČSSD	26,4	61	32,3	74	30,2	70	32,3	74
KSČM	10,3	22	11,0	24	18,5	41	12,8	26
KDU-ČSL	8,1	18	9,0	20	14,3*	31	7,2	13
SZ	-	-	1,1	0	2,4	0	6,3	6
TOP 09	-	-	-	-	-	-	-	-
ODA	6,4	13	-	-	-	-	-	-
SPR-RSČ	8,0	18	3,9	0	-	-	-	-
US	-	-	8,6	19	-	-	-	-

* Wahlkoalition der KDU-ČSL mit der Freiheitsunion (US-DEU)

ANHANG C Die Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

Die Positionen im Vergleich: Innenpolitik								
THESE / PARTEI	ODS	ČSSD	KSČM	KDU-ČSL	SZ	TOP 09	Věci veřejné	
Tschechien soll Einwanderer aufnehmen	Nur Integrationswillige mit Tschechisch - kenntnissen	Nur Experten, überwiegend aus slawischen Ländern	---	Nur Ausländer mit Tschechisch- kenntnissen, die die Gesetze des Landes respektieren	---	---	---	
Korruption soll bekämpft werden	---	+	+	+	+	+	Bekämpfung der Korruption auf allen Ebenen der Staatsverwaltung	
Extremismus soll verstärkt bekämpft werden	---	+	---	---	---	---	---	
Mehr Autorität für Polizei und Gericht	---	+	+	---	---	---	Einfachere Gesetze und bessere Erreichbarkeit der Rechtsprechung für Bürger	
Energiesicherheit muss gewährleistet werden	+	---	---	Eine sichere und stabile energetische Konzeption muss erstellt werden	---	+	---	

+ : wird im Wahlprogramm befürwortet

--- : Keine Position im Wahlprogramm verfügbar

Die Positionen im Vergleich: Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik							
THESE / PARTEI	ODS	ČSSD	KSČM	KDU-ČSL	SZ	TOP 09	Věci veřejné
Europäische Integration soll vorangetrieben werden	+	+	Tschechien soll sich von den anderen EU- Mitgliedsstaaten abgrenzen	Der EU-Beitritt der Türkei wird nicht unterstützt, aber eine sogenannte privilegierte Partner- schaft angeboten	+	+	---
NATO ist ein wichtiger Partner für die EU	+	+	Tschechien soll alle Truppen aus dem Ausland abziehen	+	+	+	---

+ : wird im Wahlprogramm befürwortet

--- : Keine Position im Wahlprogramm verfügbar

Die Positionen im Vergleich: Wirtschafts- . Steuer- und Infrastrukturpolitik							
THESE / PARTEI	ODS	ČSSD	KSČM	KDU-ČSL	SZ	TOP 09	Věci veřejné
Schaffung neuer Arbeitsplätze durch...	... Steuersenkung	 Investitionen in Infrastruktur, Energie und Umweltschutz	... Senkung der Managergehälter.	... Strukturfonds der EU	---	Steuerver- günstigungen für berufstätige Mütter, so entstehen neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor (z.B. Kinderbetreuung, Hausarbeit)	... leichtere Nutzbarkeit der EU- Mittel, Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen
Verwendung von EU- Mitteln für...	... Infrastruktur	... kleine und mittlere Unternehmen	---	... Programm für Entwicklung neuer Arbeitsplätze und Unternehmen	---	... Entwicklungsprojekte in Dörfern	... Senkung der Arbeitslosigkeit
Steuervergünstigung en	+	---	+	+ (Unterstützung insbesondere von Familien mit Kindern)	---	+	---
Elterngeld	+	+	---	---	---	Ersatz des Elterngelds durch Einkommens- steuervergünstigung	

+ : wird im Wahlprogramm befürwortet

--- : Keine Position im Wahlprogramm verfügbar

Die Positionen im Vergleich: Sozial- und Gesundheitspolitik

THESE / PARTEI	ODS	ČSSD	KSČM	KDU-ČSL	SZ	TOP 09	Věci veřejné
Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	+	---	---	+	+	+	---
Elterngeld	+	+	---	---	---	Ersatz des Elterngelds durch Einkommens- steuervergünstigung	Unterstützung von Familien mit Kindern: Nachlässe bei der Sozialversicherung, „Startwohnungen“, mehr Kindertagesstätten
Rentenreform notwendig					Mehr Betreuungsangebote für Senioren	Transformation des Rentensystems in ein sogenanntes Multi- Komponenten-System aus zwei Teilen, laufenden Beiträgen und Kapitalbetrag	+
Einheitliche gesetzliche Krankenkasse soll aufgebaut werden	---	+	---	---	---	---	---
Erhöhung des Mindestlohns	---	---	+	---	---	---	---

+ : wird im Wahlprogramm befürwortet

--- : Keine Position im Wahlprogramm verfügbar

Die Positionen im Vergleich: Bildungs-, Umwelt und Energiepolitik							
THESE / PARTEI	ODS	ČSSD	KSČM	KDU-ČSL	SZ	TOP 09	Věci veřejné
Reformierung des Hochschulsystems	Hochschulstudium soll eine Kombination aus privatem und öffentlichem Gut sein	Nur vom Staat finanziert, keine Studiengebühren	---	Aufnahme aufgrund des Abiturzeugnisses, vom Staat unter- stütztes Sparen sowie Kredite für Studien- zwecke, Vergabe von Stipendien	Aufstockung der Mittel für Bildung	System von Stipendien und Krediten – kein Talent soll aus finanziellen Gründen verloren gehen	---
Mehr Umweltschutz	Unterstützung der Entwicklung ökologischer und energetisch sparsamer Technologien, weitere wichtige Themen 2010: Verbesserung der Luftqualität. Umgang mit kommunalem Abfall	---	+	+	+	+	---
Erneuerbare Energien sollen ausgebaut werden	---	+	+	+	+	+	---

+ : wird im Wahlprogramm befürwortet

--- : Keine Position im Wahlprogramm verfügbar

ANHANG D Ausgewählte Impressionen aus dem Wahlkampf



ODS-Plakat: „proti dluhům“ (gegen Schulden); „bez vašeho hlasu to nepůjde“ (ohne Ihre Stimme wird daraus nichts)”; „Řešení“ (Lösungen);



Anti-ODS-Plakat: „Vy umíte pracovat! My umíme vydělávat!“ (Sie verstehen es, zu arbeiten! Wir verstehen es, zu verdienen!);



Anti-ODS-Plakat: „ODS: Kašleme na obyčejné lidi! Platby u lékaře prostě budou!“ (ODS: Wir pfeifen auf die einfachen Leute! Die Arztgebühren bleiben einfach!“



ČSSD-Plakat: „ČSSD – proti snížení mateřské – lepší budoucnost pro obyčejné lidi“ (ČSSD – gegen Verringerung des Muttergeldes – eine bessere Zukunft für die einfachen Leute);



ČSSD-Plakat: „Snížíme zadlužování ČR na polovinu do r. 2013“ (Wir verringern die Verschuldung Tschechiens bis 2013 um die Hälfte);



Anti-ČSSD-Plakat: „Zruším ranní kocovinu“ (Ich schaffe den Kater ab);